

# Ausschaffungs-Initiative: Weiterhin vorne Steuergerechtigkeits-Initiative: Zustimmung sinkt

Medienbericht zur zweiten Repräsentativbefragung vor der Volksabstimmung vom 28. November 2010 über die "Steuergerechtigkeits-Initiative", die Ausschaffungs-Initiative" und den "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"



Studie im Auftrag von SRG SSR  
November 2010  
Sperrfrist: 17. November 2010, 17.00 Uhr

## Projektteam

**Claude Longchamp** Politikwissenschaftler,  
Lehrbeauftragter der Universitäten St. Gallen und Zürich

**Lukas Golder** Politikwissenschaftler

**Martina Imfeld** Politikwissenschaftlerin

**Jonas Ph. Kocher** Politikwissenschaftler

**Silvia Ratelband-Pally** Administratorin

# Inhaltsverzeichnis

|           |   |           |
|-----------|---|-----------|
| <b>1.</b> | <b>GANZ KURZ</b> .....  | <b>3</b>  |
| 1.1.      | AUSSCHAFFUNGS-INITIATIVE .....                                    | 4         |
| 1.2.      | GEGENENTWURF .....  | 4         |
| 1.3.      | STICHFRAGE .....  | 5         |
| 1.4.      | STEUERGERECHTIGKEITS-INITIATIVE .....                             | 6         |
| 1.5.      | BILANZ .....  | 8         |
| 1.6.      | TECHNISCHER KURZBERICHT .....                                     | 8         |
| <b>2.</b> | <b>EINLEITUNG</b> .....   | <b>10</b> |
| 2.1.      | DIE VOLKSABSTIMMUNG VOM 28. NOVEMBER 2010 .....                   | 10        |
| 2.2.      | DER DISPOSITIONSANSATZ .....                                      | 11        |
| 2.2.1.    | Der Dispositionsansatz für Volksinitiativen .....                 | 12        |
| 2.2.2.    | Der Dispositionsansatz für Volksinitiativen mit Gegenentwurf .... | 13        |
| 2.2.3.    | Trendanalysen und Prognosen .....                                 | 14        |
| 2.3.      | DIE DATEN .....   | 14        |
| 2.4.      | REFERENZABSTIMMUNGEN .....  | 15        |
| 2.5.      | HYPOTHESEN FÜR DIE AKTUELLE UNTERSUCHUNG .....                    | 19        |
| 2.5.1.    | Steuergerechtigkeits-Initiative .....                             | 19        |
| 2.5.2.    | Ausschaffungs-Initiative und Gegenvorschlag .....                 | 19        |
| <b>3.</b> | <b>BEFUNDE</b> .....  | <b>20</b> |
| 3.1.      | GEGENWÄRTIGE TEILNAHMEABSICHTEN .....                             | 20        |
| 3.2.      | GEGENWÄRTIGER STAND DER MEINUNGSBILDUNG .....                     | 22        |
| 3.3.      | "AUSSCHAFFUNGS-INITIATIVE" UND "GEGENENTWURF" .....               | 25        |
| 3.3.1.    | Gegenwärtige Stimmabsichten zur "Ausschaffungs-Initiative" .....  | 25        |
| 3.3.2.    | Gegenwärtige Stimmabsichten zum "Gegenentwurf" .....              | 30        |
| 3.3.3.    | Gegenwärtige kombinierte Stimmabsichten und Stichfrage .....      | 34        |
| 3.3.4.    | Argumentetests .....  | 37        |
| 3.4.      | DIE "STEUERGERECHTIGKEITS-INITIATIVE" .....                       | 41        |
| 3.4.1.    | Gegenwärtige Stimmabsichten .....                                 | 41        |
| 3.4.2.    | Argumentetests .....  | 46        |
| <b>4.</b> | <b>SYNTHESE</b> .....   | <b>49</b> |
| 4.1.      | THESEN .....  | 55        |
| <b>5.</b> | <b>ANHANG</b> .....   | <b>56</b> |
| 5.1.      | GFS.BERN-TEAM .....   | 56        |

Bern, den 16. November 2010

Copyright by gfs.bern

Sperrfrist: 17. November 2010, 17 Uhr

# 1. Ganz Kurz

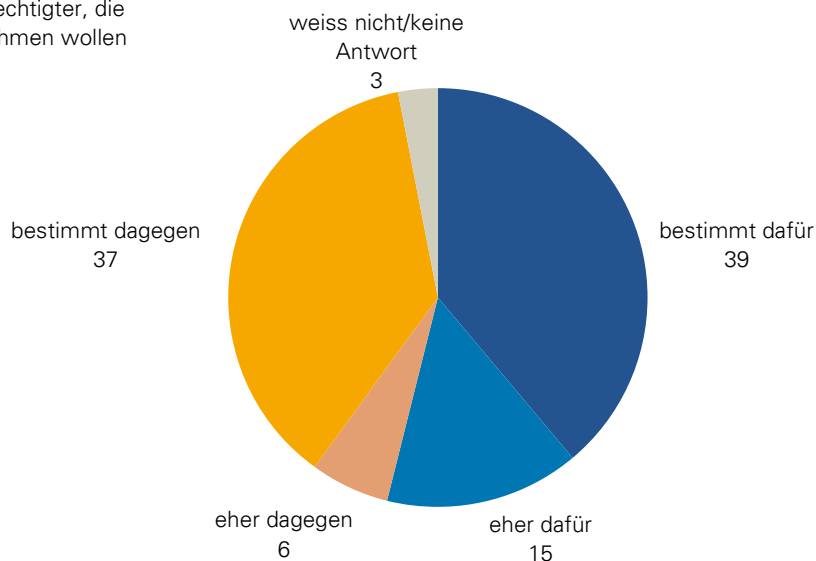
Wäre bereits am 10. November 2010 über die Vorlagen entschieden worden, die am 28. November zur Volksabstimmung anstehen, wäre die Ausschaffungsinitiative angenommen worden, der Gegenvorschlag eher verworfen worden, während der Ausgang der Entscheidung über die Steuergerechtigkeitsinitiative offen, wenn auch mit Vorteilen für die Nein-Seite gewesen wäre.

Grafik 1:

## Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010: "Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über die Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = 771)

Das ist nicht mit einer Abstimmungsprognose zu verwechseln, sondern die letzte Bestandesaufnahme der Meinungsbildung vor der Abstimmung. Sie basiert auf einer Repräsentativbefragung, durchgeführt vom 8. bis zum 13. November 2010.

Die grösste Unsicherheit ergibt sich aus den Beteiligungsabsichten. Aktuell würden 46 Prozent der Stimmberechtigten teilnehmen – ein nur leicht überdurchschnittlicher Wert. Es besteht weiterhin ein Mobilisierungspotential, denn weitere 31 Prozent überlegen sich eine Teilnahme. Sie sind im Schnitt deutlicher für die Ausschaffungsinitiative, klarer wider den Gegenentwurf und etwas unsicher bei der Steuergerechtigkeitsinitiative.

**Tabelle 1:**

## Übersicht Stimmabsichten

|   | Aktuelle Stimmabsichten | Trend 1 zur 2. Welle | GewinnerInnen bei Zusatzmobilisierung |
|---|-------------------------|----------------------|---------------------------------------|
| <b>Ausschaffungs-Initiative</b>                 | 54:43 (3)               | Leicht Richtung Nein | Befürworter                           |
| <b>Gegenentwurf</b>                             | 43:49 (8)               | Stabil               | Gegner                                |
| <b>Stichfrage (Initiative vs. Gegenentwurf)</b> | 48:43 (9)               | Stabil               | Ausschaffung                          |
| <b>Steuergerechtigkeits-Initiative</b>          | 46:39 (15)              | Richtung Nein        | Neutral, verunsichernd                |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, November 2010

### 1.1. Ausschaffungs-Initiative

Aktuell würden 54 Prozent der bestimmt teilnahme willigen BürgerInnen für die Vorlage stimmen, 43 dagegen. Nur drei Prozent haben keine Stimmabsichten. Bei einer zunehmenden Mobilisierung würde vor allem die Ja-Seite zulegen.

Bei der Ausschaffungsinitiative dominiert die Polarisierung auf der Links-Rechts-Achse. Die SVP-Wählerschaft ist fast einhellig dafür. Unterstützung findet das Rechtslager namentlich bei den parteipolitisch ungebundenen BürgerInnen, die ebenfalls mehrheitlich für die Ausschaffungsinitiative sind. Klar abgelehnt wird die Vorlage bei den WählerInnen der Grünen, der SP und knapp mehrheitlich auch bei der CVP und FDP. Weitere Konfliktlinien zeichnen sich entlang der sozialen Stellung ab. Je tiefer diese ist, desto klarer befürwortet man die Volksinitiative. Hinzu kommt, dass die Beurteilung der Vorlage an das Regierungsvertrauen/-misstrauen gekoppelt ist. Je negativer diese Grundhaltung ist, desto klarer befürwortet man die Initiative.

Argumentativ überzeugte die Initiative bisher, weil sie als konsequent gilt und einheitliches Recht schafft, weil sie der Bürgerschaft mehr Sicherheit verspricht und weil sie die Gefühle anspricht, bestimmte Ausländer und Ausländerinnen nutzten die Gastfreundschaft in der Schweiz aus. Die Gegnerschaft konnte mit den Botschaften punkten, die Initiative lege willkürliche Kriterien für die Ausschaffung fest, es sei besser, via Integration Kriminalität präventiv zu bekämpfen als nachträglich auszuschaffen. Zudem bestehen Ängste, dass es bei einer Annahme zu Problemen mit der EU komme.

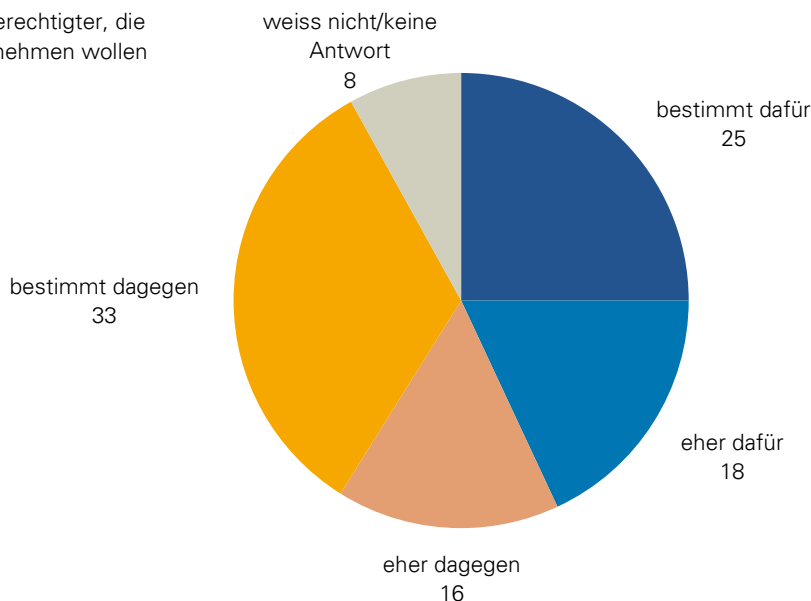
Es gilt: Wenn die Mobilisierung in der Schlussphase via Ausschaffungsinitiative zunimmt, nimmt die Wahrscheinlichkeit klar zu, dass die Initiative obsiegt.

### 1.2. Gegenentwurf

Der Gegenentwurf des Parlaments findet bei 43 Prozent Zustimmung, abgelehnt wird er von 49 Prozent. Die Möglichkeit einer Ablehnung ist ohne zusätzliche Elemente in der Meinungsbildung eher gegeben.

## Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010: "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über den Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = 771)

Die zentrale Konfliktlinie ist auch hier parteipolitisch, allerdings nicht einfach linear von links nach rechts, sondern in drei Lager geteilt. Am stärksten für den Gegenvorschlag ist das bürgerliche Zentrum (FDP: 56 % Ja, Tendenz steigend; CVP: 55 % Ja, stabil). Gespalten ist die Linke, während die Rechte klar dagegen ist. Das gilt auch für die Parteiungebundenen, die sich vom Gegenvorschlag abgewendet haben.

Die Befürworter des Gegenvorschlages überzeugt die Botschaft, dass es mehr Integration brauche. Sie glauben auch, dass auf diesem Weg mehr Sicherheit geschaffen werden kann. Zudem wollen sie Probleme mit der EU vermeiden. Die Initiative ist für sie willkürlich. Genau in diesem Punkt widerspricht ihnen der Hauptharst der rechten Gegnerschaft. Sie glauben, dass nur mit der Initiative eine klare Situation geschaffen werde. Vertrauen in den Bundesrat hebt hier die Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung.

### 1.3. Stichfrage

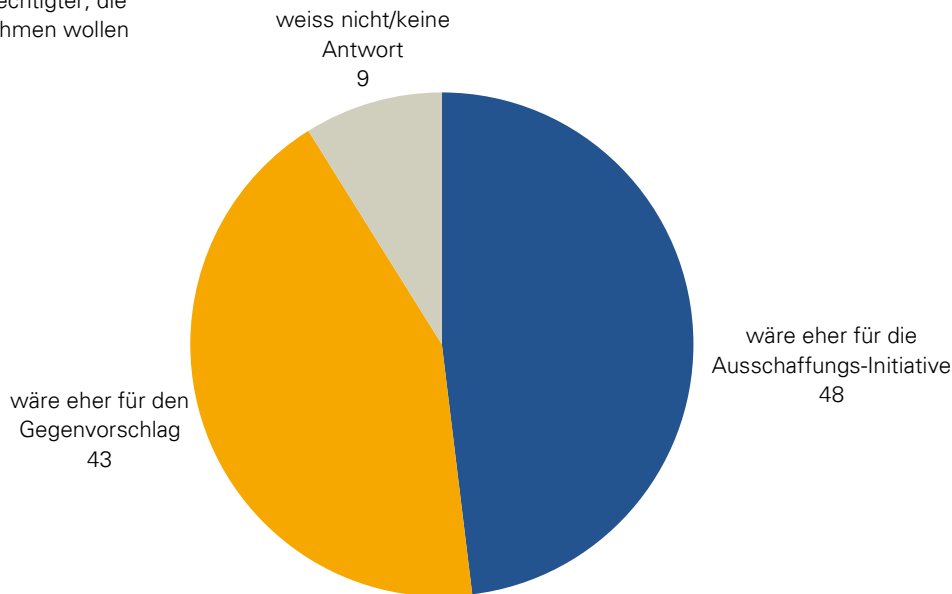
Ob die Stichfrage überhaupt zum Zug kommt, ist angesichts der genannten Ausgangslage unsicher. Nötig wäre es, dass beide Vorlagen angenommen würden. Dass es dazu käme, bräuchte es beim Gegenvorschlag noch eine sichtbare Veränderung. Wenn das geschehen würde, würden sich auch die Stimmabsichten bei der Stichfrage verändern.

**Grafik 3:**

## Filter Stichfrage "Ausschaffungs-Initiative" / "Gegenentwurf"

"Würden Sie sich in der Stichfrage eher für die Ausschaffungs-Initiative oder für den Gegenentwurf der Bundesversammlung entscheiden?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = 771)

### 1.4. Steuergerechtigkeits-Initiative

Offen sind die momentanen Mehrheitsverhältnisse bei der Steuergerechtigkeits-Initiative. Aktuell sind 46 Prozent dafür, 39 Prozent dagegen. Entscheidende 15 Prozent sind unentschieden.

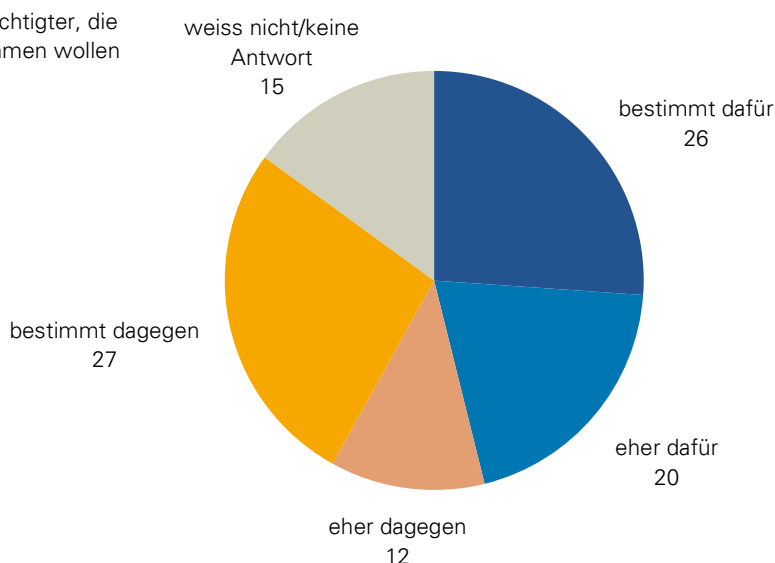
Stiege die Mobilisierung über die Ausschaffungsfrage, ist mit vermehrt Unentschiedenen zu rechnen, was die Einschätzung des Abstimmungsausgangs erschwert.

Kommt es zu einer normalen Mobilisierung, haben die Gegner den Vorteil, weil der Kampagnentrend zu ihren Gunsten spricht. Er entspricht auch dem Prozess der Meinungsbildung, die man bei einer potenziellen Mehrheitsinitiative annehmen kann, das heisst, die Zustimmungsbereitschaft sinkt mit dem Verlauf des Abstimmungskampfes, weil sich die Einwände zur Initiativforderung mehren.

Grafik 4:

## Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010: "Steuergerechtigkeits-Initiative"

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Steuergerechtigkeits-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = 771)

Das Konfliktmuster ist auch hier parteipolitisch bestimmt. Das rotgrüne Lager ist dafür, während sich die Reihen auf der bürgerlichen Seite auf der Nein-Seite zu schliessen beginnen. Parteiungebundene positionieren sich dazwischen. Darüber hinaus gibt es Unterschiede zwischen den Sprachregionen, wobei die Zustimmung in der Romandie am höchsten ist. Ferner finden sich solche entlang des Einkommens. Dabei zeichnet sich ab, dass die obersten und untersten Einkommensschichten überproportional gegen die Initiative sind.

Argumentativ halten sich die Einflüsse aus den Botschaften für und wider den Steuerwettbewerb in etwa die Waage. Angst vor zusätzlichen Steuerbelastungen für sich oder für alle ist das wirksamste Thema der Gegnerschaft, während die BefürworterInnen vor allem mit dem Abbau von Privilegien für die ganz Reichen punkten können.

## 1.5. Bilanz

Überblickt man den Stand der Stimmabsichten, kann man mit aller Vorsicht versucht sein, den Ausgang der Volksabstimmungen zu bestimmen.

**Tabelle 2:**

### Übersicht Volksmehr und Mobilisierung

|                                       | <b>Ausschaffungsinitiative</b> | <b>Gegenentwurf</b>                | <b>Steuerinitiative</b> |
|---------------------------------------|--------------------------------|------------------------------------|-------------------------|
| <b>Stand Volksmehr</b>                | Mehrheit dafür                 | Relative Mehrheit dagegen          | Relative Mehrheit dafür |
| <b>Vorläufiger Trend</b>              | Leicht negativ                 | Stabil                             | Negativ                 |
| <b>Denkbare Mobilisierungseffekte</b> | Eher zugunsten der Initiative  | Eher zuungunsten des Gegenentwurfs | Neutral                 |
| <b>Denkbare Taktikeffekte</b>         | Keine                          | Zustimmung vom 2 x Nein Lager      | keine                   |
| <b>Ausgang</b>                        | Ja gut möglich                 | Eher Nein                          | Offen, eher Nein        |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, November 2010

*Ausschaffungs-Initiative:* Gegenwärtige Ja-Mehrheit mit zwei Unsicherheiten, nämlich dem Trend (Richtung Nein) und dem Mobilisierungspotenzial (Richtung Ja).

*Gegenentwurf:* Gegenwärtig relative Mehrheit im Nein, ohne klaren Trend, aber mit zwei Unsicherheiten, nämlich dem Mobilisierungspotenzial (Richtung Nein) und den taktischen Entscheidungen im linken Lager (Richtung Ja).

*Steuergerechtigkeits-Initiative:* Gegenwärtig relative Mehrheit im Ja, mit klarem Nein Trend, und etwas unsicheren Auswirkungen der Schlussmobilisierung.

Bei keiner der Vorlagen können wir wirkliche Aussagen zum Ständemehr machen. Dafür wären eindeutig grössere Stichproben nötig. Bei ganz knappen Ergebnissen ist es aber grundsätzlich möglich, dass Volks- und Ständemehr auseinanderfallen.

## 1.6. Technischer Kurzbericht

Die aktuelle Befragung wurde vom Forschungsinstitut gfs.bern für die Medien der SRG SSR realisiert. Befragt wurden 1207 repräsentativ ausgewählte Bürger und Bürgerinnen mit Wohnsitz in der Schweiz. Die Datenerhebung geschah mittel computergestützter Telefonbefragung. Die Erhebung fand zwischen dem 8. und 13. November statt. Der 10. November ist der mittlere Befragungstag. Damit wird die Untersuchung am Abstimmungstag 18 Tage alt sein. Nur unter der Annahme, dass in dieser Zeit hinsichtlich der Meinungsbildung oder der Mobilisierung nichts mehr geschieht, ist mit einer Identität der Befragungsergebnisse und des Abstimmungsergebnisses zu rechnen.



**Tabelle 3:**

---

## **Technischer Kurzbericht zur 2. Welle SRG-Trend Volksabstimmung vom 28. November 2010**

|   |   |
|---|---|
| <b>Auftraggeber</b>                         | CR-Konferenz der SRG SSR  |
| <b>Grundgesamtheit</b>                      | Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz  |
| <b>Datenerhebung</b>                        | telefonisch, computergestützt (CATI)  |
| <b>Befragungszeitpunkt</b>                  | 8.-13. November 2010<br>mittlerer Befragungstag 10. November 2010                                 |
| <b>Stichprobengrösse</b>                    | minimal 1200, effektiv 1207   |
| <b>Fehlerbereich gesamte<br/>Stichprobe</b> | ±2.9 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und<br>95%iger Wahrscheinlichkeit)                     |
| <b>Personenauswahl</b>                      | at random/nach Sprachregionen; Geburtstagsmethode im<br>Haushalt                                  |
| <b>Designgewichtung</b>                     | sprachregional, Übergewichtung von FCH und ICH wurde<br>für nationale Aussagen rückgängig gemacht |
| <b>Publikation</b>                          | 17. November 2010   |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2.Welle, November 2010

---

## 2. Einleitung

### 2.1. Die Volksabstimmung vom 28. November 2010

Am 28. November 2010 sind die Schweizer Stimmberechtigten aufgerufen, über die "Steuergerechtigkeits-Initiative", die "Ausschaffungs-Initiative" und den "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative" zu entscheiden.

Urheberin der ersten Volksinitiative ist die SP, während die zweite aus den Reihen der SVP stammt. Beide Projekte sind im Zusammenhang der Nationalratswahlen 2007 entstanden und sie haben die nötige Unterschriftenzahl erreicht. Bundesrat und Parlament haben beide Begehren für gültig erklärt und anschliessend beraten; sie lehnen beide ab. Bei der Ausschaffungsinitiative kam das Parlament den Initianten materiell entgegen, indem es einen eigenen Gegenentwurf formulierte, der vergleichbare Ziele verfolgt, in der Umsetzung aber Rücksicht auf internationale Verpflichtungen der Schweiz nimmt.

**Tabelle 4:**

#### Übersicht über die Willensbildung in den Behörden, Parteien und Verbänden zu den Abstimmungsvorlagen vom 28. November 2010

| Vorlage                | Steuergerechtigkeits-Initiative    | Ausschaffungs-Initiative   | Gegenentwurf   |
|------------------------|------------------------------------|--|--|
| Position               | Nein                               | Nein   | Ja   |
| <b>Bundesrat</b>       |                                    |  |  |
| Abstimmung NR          | 128:64 (8)                         | 92:82 (26)   | 93:88 (19)   |
| Abstimmung SR          | 30:9 (7)                           | 26:5 (15)  | 35:6 (5)   |
| Befürwortende Parteien | SP, GPS, EVP, CSP                  | SVP, EDU, Lega   | FDP, CVP, BDP, GLP, EVP  |
| Ablehnende Parteien    | SVP, FDP, CVP, EDU, BDP, GLP, Lega | SP, FDP, CVP, GPS, BDP, GLP, EVP, CSP                                    | SVP, EDU, Lega, SP, GPS, CSP   |
| Befürwortende Verbände | SGB, Travail.Suisse                |  | SEK, SKOS, SIG, SFH  |
| Ablehnende Verbände    | Economiesuisse, SGV, SAV, KdK      | AI, AvenirSocial, Caritas, HEKS, SEK, SGB, Travail.Suisse, Unia, Secondo | AI, AvenirSocial, Caritas, HEKS, SBK, SGB, Travail.Suisse, Unia, Secondo |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, November 2010, Quelle: [www.parlament.ch/16.11.2010](http://www.parlament.ch/16.11.2010)

Das abstimmungsrelevante Konfliktmuster in Politik und Medien war bis jetzt durch Polarisierungen zwischen rechten und linken Parteien gekennzeichnet. Für die Steuerinitiative sind die SP und die Grünen dafür, genauso wie die EVP und die CSP. Gegen die Initiative haben sich die SVP, die FDP und die CVP ausgesprochen, sekundiert von der BDP und der GLP. Zustimmung findet das Begehren bei den Arbeitnehmerorganisationen, abgelehnt wird es von den Wirtschaftsverbänden, angeführt von economiesuisse. Belebt wurde die Ja-Kampagnen durch das Buch des Soziologen Ueli Mäder über die „Superreichen“, während der Parteitag der SP mit dem umstrittenen Programmrevision vom Thema der Initiative ablenkte.

Bei der Ausschaffungsinitiative ist die SVP dafür, gefolgt von der EDU und Lega. Abgelehnt wird die Vorlage von den linken wie auch den bürgerlichen Zentrumsparteien. Letztere sind für den Gegenentwurf, während Grüne und SP auch diese ablehnen. Nur in der Stichfrage sind sie bereit, dafür zu stimmen. Konsequenterweise gegen beide Vorlagen haben sich auch die Secondo-Organisationen ausgesprochen. Das gilt schliesslich auch für die karitativen respektive kirchlichen Organisationen. Ausnahme bildet die Schweizerische Flüchtlings-

hilfe, welche – wie auch der Evangelischen Kirchenbund und die Israelitische Gemeinschaft – den Gegenvorschlag unterstützt.

In der Anfangsphase des Abstimmungskampfes dominierte eindeutig die Ausschaffungsthematik, wobei die meisten Print- und elektronischen Medien zum Gegenvorschlag tendierten, während die Debatte in den Online-Foren polarisierter ist und klarer für die Initiative oder für ein doppeltes Nein ist. Im Verlaufe der Kampagne nahm die Aufmerksamkeit für die Steuerinitiative zu, nicht zuletzt durch den Überhang der Nein-Seite im gekauften Medienraum.

Zur Ausschaffungsfrage wurden vor und nach der 1. SRG-Umfrage drei weitere Befragungen publiziert, die sehr unterschiedlich gemacht waren. Nur die Umfrage der Sonntagszeitung erfüllt die vom Branchenverband geforderten Kriterien für eine repräsentative Stichprobenerhebung. Sie war indessen als Einmalbefragung konzipiert, womit man keine Trends ableiten kann.

**Tabelle 5:**

## Übersicht Umfragen "Ausschaffungs-Initiative" und "Gegentwurf"

| Medium                    | Institut   | Zeitraum                             | Fragestellung                                     | Repräsentativität   | Ergebnis  |
|---------------------------|------------|--------------------------------------|---|---|---|
| <b>Sonntags-Zeitung</b>   | Isopublic  | 14.-16. Okt. 2010<br>Einmalbefragung | Sonntagsfrage                                     | Ja, Zufallsstichprobe<br>CATI, N=1'011  | Initiative: 62:30 (8)<br>Gegentwurf: 46:37 (17)<br>Teilnahme: 52% |
| <b>20 Minuten</b>         | 20 Minuten | 29.04.-04.11.2010<br>Einmalbefragung | Sonntagsfrage                                     | Nein, Mitlaufstichprobe<br>Online,<br>N=15'706                                    | Initiative: 66%<br>Ja<br>Gegentwurf: 37%<br>Ja<br>Teilnahme: 98%  |
| <b>SVP-Volksbefragung</b> | SVP        | 01.08.-31.10.2010<br>Einmalbefragung | Konsequente Ausschaffung<br>krimineller Ausländer | Nein, Fragebogen zu Parteizeitung (55%),<br>Online Mitlaufstichprobe,<br>N=70'123 | Ausschaffung<br>krimineller Ausländer<br>(Initiative): 67%<br>Ja  |

Quellen: [www.isopublic.coh](http://www.isopublic.coh) / [www.20min.ch/](http://www.20min.ch/) [www.svp.ch](http://www.svp.ch) (12.11.2010)

Die Befragung von 20 Minuten und die Volksbefragung der SVP erfüllen die Verbandskriterien nicht. Sie verweise auf mehr Zustimmung als die Repräsentativ-Befragungen. Wir beziehen uns nicht weiter auf diese Befragungen.

## 2.2. Der Dispositionsansatz

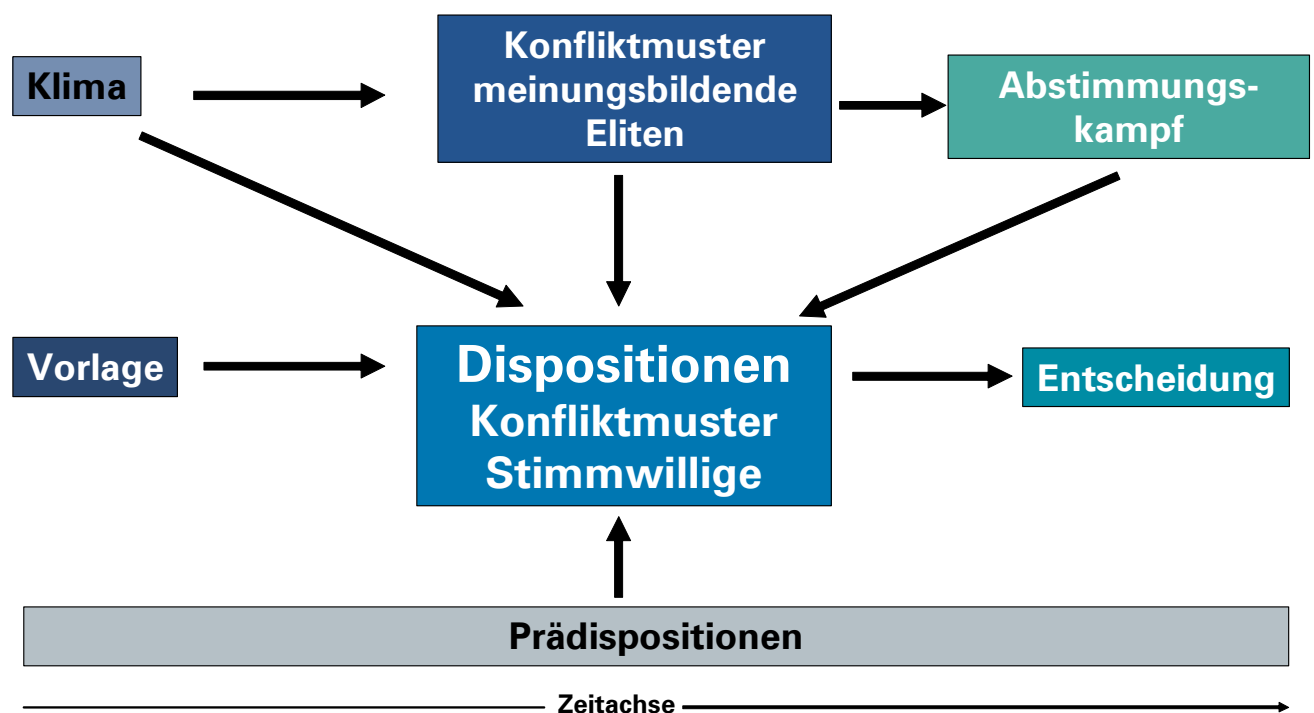
Die Untersuchung der Meinungsbildungsprozesse bei Volksabstimmungen hat unsere Vorstellungen darüber verändert. Im Common sense geht man davon aus, dass Entscheidungen von Beginn weg feststehen und unveränderlich sind. Meinungsbildung reduziert sich auf Entscheidungsfindung bei Unschlüssigen.

Diese Sichtweise der Dinge ist nachweislich zu eng. Meinungsbildung ist, wie es der Begriff sagt, ein an sich offener Prozess. Er entwickelt sich von spontanen Meinungen über vorläufige Stimmabsichten hin zu Entscheidungen beim Ausfüllen des Stimmzettels. Wir nennen das die Ausbildung von Dispositionen. Spontane Meinungsäußerungen entstehen bei der ersten Begegnung mit dem Thema. Sie reflektieren in erster Linie die Antworten der BürgerInnen auf die Alltagsprobleme, die sie mit dem Thema haben. Auf dieser Basis beginnt in der Regel die Informationsverarbeitung, welche zu einer Verstärkung von Stimmabsichten führt, sie verunsichert, ins Gegenteil kehrt oder überhaupt erst entstehen lassen kann. Letzteres ist eher ein Spezialfall als das Normale.

Im Dispositionsansatz gehen wir generell von folgender These aus: Stimmentscheidungen stehen an sich nicht ein für alle Mal fest. Sie entstehen aus dem Prozess der Meinungsbildung heraus. Dabei müssen die Beteiligungs- und die Sachfrage entschieden werden. Beeinflusst werden Mobilisierung und Entscheidungsfindung durch das allgemeine Klima der Entscheidung, durch die Position der meinungsbildenden Eliten, durch den Abstimmungskampf und durch die Alltagserfahrungen, welche die BürgerInnen zum Thema gesammelt haben. Erschwert werden sie durch komplexe Fragestellungen.

Grafik 5:

## Analytisches Schema des Dispositionsansatzes



Quelle: gfs.bern

Diese These führt bei Volksinitiativen und Behördenvorlagen zu Annahmen über den Verlauf der Meinungsbildung, die sich am besten in Form von Szenarien aufführen lassen. Diese beschreiben die Erwartungen zur Meinungsbildung in idealtypischer und abstrakter Art und Weise. Dies gibt denn auch den Interpretationsrahmen für die Beschreibung, Analyse und allfällige Extrapolation von Befragungsdaten.

### 2.2.1. Der Dispositionsansatz für Volksinitiativen

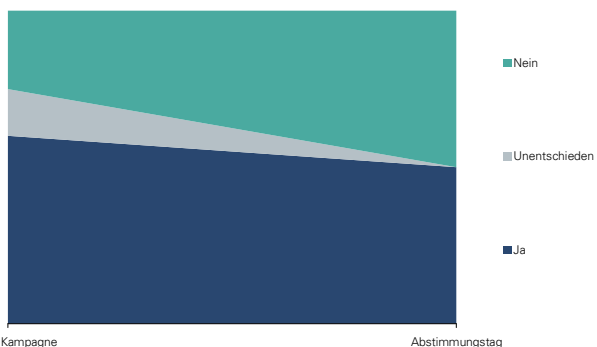
Bei Volksinitiativen geht man davon aus, dass sie in der Regel Themen aufnehmen, die parlamentarisch nicht verhandelt wurden, allenfalls bei der Behandlung keine Mehrheit fanden. Ausser bei klaren Aussenseiter-Interessen kann man davon ausgehen, dass solche Themen in der stimmberechtigten Bevölkerung als Problem angesehen werden. Deshalb ist die Zustimmungsbereitschaft in einem frühen Stadium der Meinungsbildung bei Volksinitiativen meist hoch. Sie ist aber nicht stabil. In der Regel nimmt sie mit der Dauer der Beschäftigung ab. Das hat zunächst mit dem Gegenstand selber zu tun, denn im Prozess der Meinungsbildung verlagert sich die Optik vom Problem zur Lösung des Problems. Beides muss nicht gleich beantwortet werden. Es ist gut möglich, dass man ein Problem anerkennt, die vorgeschlagene Lösung aber nicht teilt. Dabei weiss man, dass in der Regel die schwächste Stelle am Lösungsvorschlag entscheidend ist. Wenn es einen klaren Einwand gibt, über-

wiegt dieser in der Entscheidungsfindung. Die Informationsverarbeitung während des Abstimmungskampfes kann aber auch dazu führen, dass weitere Lösungsansätze miteinbezogen werden, wie die direkten oder indirekten Gegenvorschläge. Das vereinfacht die Meinungsbildung nicht, beeinflusst sie aber höchstwahrscheinlich, indem aus einer strategischen Antwort auch eine taktische werden kann. Das ist insbesondere bei Volksinitiativen mit einem formellen Gegentwurf und der Stichfrage der Fall. Wir gehen darauf gesondert ein.

### Grafik 6:

#### Potentielle Mehrheitsinitiative mit Opposition gegenüber der Problemlösung

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



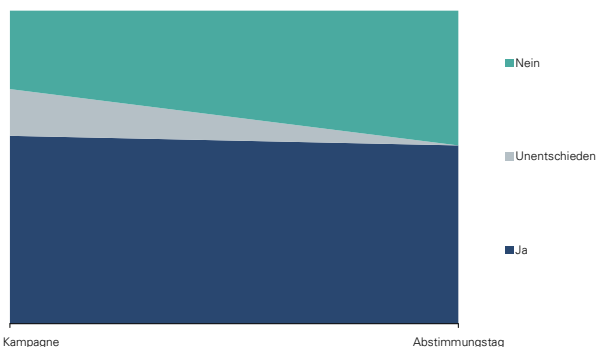
Vor der Kampagne

Abstimmungstag

© gfs.bern, Campaigning

#### Potentielle Mehrheitsinitiative ohne Opposition gegenüber der Problemlösung oder Dominanz der Problemlage

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



Vor der Kampagne

Abstimmungstag

© gfs.bern, Campaigning

Ohne diese Komplizierung geht das erste Szenario bei potenziell mehrheitsfähigen Volksinitiativen davon aus, dass es zu Beginn des Meinungsbildungsprozesses eine Zustimmungsmehrheit gibt, diese aber mit der Dauer der öffentlichen Verhandlung sukzessive abnimmt. Dabei ist nicht wesentlich, wie hoch die Zustimmungsmehrheit ist oder wie gross der Rückgang in der Bejahung ausfällt. Idealtypisch ist nur der Mechanismus entscheidend. Er drückt sich in einem Anwachsen der Ablehnung zu Lasten der Unschlüssigkeit aus und er kommt auch in der Verringerung der Zustimmung zum Ausdruck. Diese Entwicklung kennen wir vor allem bei parteipolitisch klar positionierten Initiativen, insbesondere dann, wenn der Absender selber zum Thema wird.

Im zweiten Szenario findet genau dieser Rückgang nicht statt. Die potenziell mehrheitsfähige Volksinitiative wird deshalb meist angenommen. Von den obigen Entwicklungen findet die erste statt: Der Nein-Anteil wird grösser. Der zweite bleibt dagegen aus, indem die Zustimmungsbereitschaft im Wesentlichen stabil bleibt. Gründe hierfür gibt es verschiedene: die Abwesenheit einer Nein-Kampagne, das Fehlen eines eigentlichen Schwachstellenargumentes oder das Überwiegen des Problemdrucks gegenüber der Lösungsdiskussion. Das kennt man vor allem bei überparteilichen Initiativen.

### 2.2.2. Der Dispositionsansatz für Volksinitiativen mit Gegentwurf

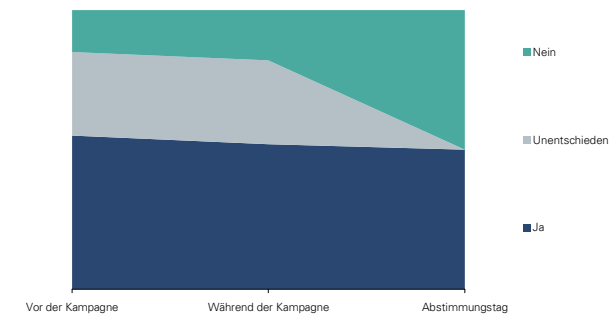
Komplizierter sind die Prozesse, wenn es auch einen Gegentwurf gibt. Diese sollte man wie alle anderen Behördenvorlagen analysieren. Speziell ist dabei, dass das Thema von Initiative und Gegenvorschlag gleich ist, die Unterschiede aber kommunikativ herausgearbeitet werden müssen. Das hat zur Folge, dass die Meinungsbildung zum Geltungsbereich und zu den Folgen der Lösungen erschwert ist. Das macht die Meinungsbildung offener.

Möglich ist es, dass es zu einem Meinungsaufbau kommt, bei dem sowohl die Nein- wie auch die Ja-Anteile zunehmen. Nicht auszuschliessen ist aber auch hier, dass die Zustimmung mit der Dauer der Beschäftigung sinkt, vor allem wenn sich drei Lager etablieren: Die BefürworterInnen der Initiative respektive des Gegenvorschlages und die Gegnerschaft von beidem.

## Grafik 7:

### Labil vorbestimmte Behördenvorlage mit defensiver Ja-Kommunikation

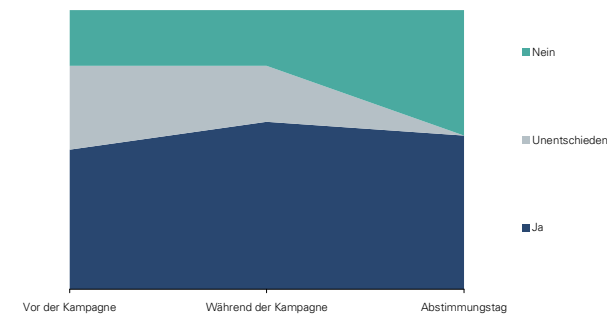
in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



© gfs.bern, Campaigning

### Labil vorbestimmte Behördenvorlage mit offensiver Ja-Kommunikation

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



© gfs.bern, Campaigning

Ob das geschieht oder nicht, hängt mitunter davon ab, ob die parlamentarisch geschmiedete Allianz hält und sich im Abstimmungskampf auch Gehör verschaffen kann.

Mit dem Abstimmungsverfahren von Initiative und Gegenentwurf hat man noch wenig Erfahrung. Deshalb gibt es vor allem für Interaktion der Meinungsbildung noch keine formalisierten Meinungsbildungsverläufe.

Die beiden Praxisbeispiele auf eidgenössischer Ebene legen nahe, dass es auch zu einem nicht wirklich interpretierbaren Volksentscheid kommt: Dann nämlich, wenn beide Vorschläge das doppelte Mehr nicht erreichen und beides abgelehnt ist, selbst wenn mehr BürgerInnen für eine Veränderung votiert haben als für den Status Quo.

### 2.2.3. Trendanalysen und Prognosen

Was wir hier leisten, sind Trendanalysen, wie sie sich aus den individuellen Stimmabsichten ergeben. Sie sind Einmal-Befragungen vorzuziehen, weil deren Aussagemöglichkeiten stark vom Zeitpunkt abhängig sind, und die Hypothese, dass sich im Verlaufe eines Abstimmungskampfes nichts ändert, gewagt ist. Trendanalysen sind per se aber keine Prognosen, wenn der Zeitpunkt zwischen der letzten Erhebung und der Entscheidung auseinander liegen. Das ist auch hier der Fall, verstreichen doch rund 18 Tage vom Moment der Bestandesaufnahme bis zum Abstimmungstag. Zweieinhalb Wochen vor der Abstimmung ist die Zahl der brieflich Stimmenden noch recht gering, die Meinungsbildung bei einer respektablem Minderheit nicht abgeschlossen, und die Mobilisierung zur Abstimmung hat erst begonnen. Deshalb sind die Angaben aus Vorbefragungen nicht per se Prognosen, sondern Elemente dazu.

## 2.3. Die Daten

Zur Überprüfung der Annahmen, die hier theoretisch formuliert worden sind, haben wir eine kleine, aber spezielle Serie von Repräsentativ-Befragungen für die SRG SSR durchgeführt. Insgesamt gibt es zwei vergleichbare Erhebungen.

Grundgesamtheit der aktuellen Befragung bildeten die stimmberechtigten BürgerInnen mit Wohnsitz in der Schweiz. Befragt wurden hiervon mindestens 1'200 repräsentativ ausgewählte Personen. Ermittelt wurden diese mittels Zufallsverfahren unter Telefonnummern und mit der Geburtstagsmethode für Haushalte mit mehreren Stimmberechtigten. Dabei wird alternierend jene Person befragt, die als erste oder letzte im Kalenderjahr geboren worden ist. In die Befragung miteinbezogen wurden selbstredend nur Personen, die stimmberechtigt waren.

Die Stichprobenbildung erfolgte nach Sprachregionen disproportional. 700 Personen wurden in der deutschsprachigen Schweiz interviewt, 300 in der franzö-

sischsprachigen und 200 in den italienischsprachigen. Das erfolgte, um verbessert sprachregionale Analysen vornehmen zu können. Für gesamtschweizerische Aussagen wurden die Sprachregionen mittels Gewichtung ins richtige Lot gebracht.

Bei gesamtschweizerischen Aussagen beträgt der statistische Stichprobenfehler  $\pm 2.9$  Prozentpunkte. Das heisst, ein Wert, der mit 50 Prozent ausgewiesen wird, liegt (mit 95%-iger Wahrscheinlichkeit) zwischen 47.1 und 52.9 Prozent. In den Sprachregionen ist er wegen der unterschiedlichen Fallzahlen ungleich, aber überall grösser. Es gilt: Deutschschweiz  $\pm 3.7$ , französischsprachige Schweiz  $\pm 5.7$  und italienischsprachige Schweiz  $\pm 6.9$  Prozentpunkte.

Die Interviews wurden ausschliesslich von instruierten Personen mittels Computerunterstützung für Telefonwahl und Fragebogenführung gemacht.

Die Befragungsarbeit selber fand zwischen dem 8. und 13. November 2010 statt. Der 10. November war dabei der mittlere Befragungstag. Damit ist die Befragung am Abstimmungstag 18 Tage alt.

Die Ergebnisse wurden anschliessend plausibilisiert und mit der Wahlabsichtsfraße auf dem Stand 2007 gewichtet.

Hiesige Erkenntnisse und Schlussfolgerungen beziehen sich auf das Volksmehr. Aussagen zum Ständemehr sind aufgrund der Fallzahlen in unserer Stichprobe nicht möglich.

Die Datenanalyse erfolgte zuerst univariat, um die Häufigkeitsverteilungen zu kennen. Danach wurden Zusammenhänge zwischen zwei Variablen bivariat getestet und schliesslich auch multivariat kontrolliert.

Die zentralen Ergebnisse wurden zudem visualisiert. Im Bericht werden diese festgehalten, kommentiert und in der Synthese zusammengefasst und zusammenhängend gewürdigt.

## **2.4. Referenzabstimmungen**

Bei der Steuergerechtigkeit sind die Initiative für Kapitalgewinnsteuer und jene für die Nationalbankgewinne zugunsten der AHV die direkten Referenzvorlagen. Beide wurden abgelehnt, die erste recht deutlich, die zweite knapp. In beiden Fällen war das Konfliktmuster in Behörden und Parteien gleich. Sie wurden von Bundesrat und Parlament genauso wie von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Bejaht wurden sie von der SP und der GPS.

**Tabelle 6:**

## Referenzabstimmung "Steuergerechtigkeits-Initiative"

|                                  | Referenzabstimmung 1                                    | Referenzabstimmung 2                                       |
|----------------------------------|---|--|
| <b>Datum</b>                     | 02.12.2001  | 24.09.2006   |
| <b>Name</b>                      | Volksinitiative "für eine Kapitalgewinnsteuer"          | Volksinitiative "Nationalbankgewinne für die AHV"          |
| <b>Stimmbeteiligung</b>          | 37.8%   | 48.9%  |
| <b>Volksergebnis JA in %</b>     | 34.1%   | 41.7%  |
| <b>Empfehlungen/Parolen</b>      |   |  |
| Behörden                         | Nein  | Nein   |
| SVP                              | Nein  | Nein   |
| FDP.Die Liberalen                | Nein  | Nein   |
| CVP                              | Nein  | Nein   |
| SP                               | Ja  | Ja   |
| GPS                              | Ja  | Ja   |
| <b>Konfliktmuster gemäss VOX</b> |   |  |
| links/rechts                     | Links (***)   | Links (***)  |
| Parteibindung/<br>Sympathie      | SP (**)   | SP (***)   |
| Sprachregion<br>in % Ja-Anteil   | nicht signifikant<br>DCH: 33.8%, FCH: 36.6%, ICH: 27.4% | nicht signifikant<br>DCH: 39.8%, FCH: 45.2%,<br>ICH: 57.4% |
| Siedlungsart                     | ---   | ---  |
| Haushaltseinkommen               | ---   | tiefes Einkommen (*)                                       |
| Bildung                          | ---   | ---  |
| Alter                            | ---   | 50+-Jährige (**)   |
| Geschlecht                       | ---   | Frauen (***)   |
| Regierungsvertrauen              | Vertrauen (**)  | ---  |

Quellen: BFS, Swissvotes und VOX-Analysen

Im Rahmen der SRG-Befragungen haben wir einzig die Goldinitiative für die AHV untersucht. Die Tendaussage war genauso wie im Dispositionsansatz postuliert. Die Meinungsbildung begann mit einem klaren Ja-Vorsprung und sie entwickelte sich schliesslich zu einem Nein-Überhang. Bei der letzten SRG-Befragung war die Ja-Seite noch im relativen Vorteil, die Schlussmobilisierung war eindeutig zugunsten der Nein-Seite.

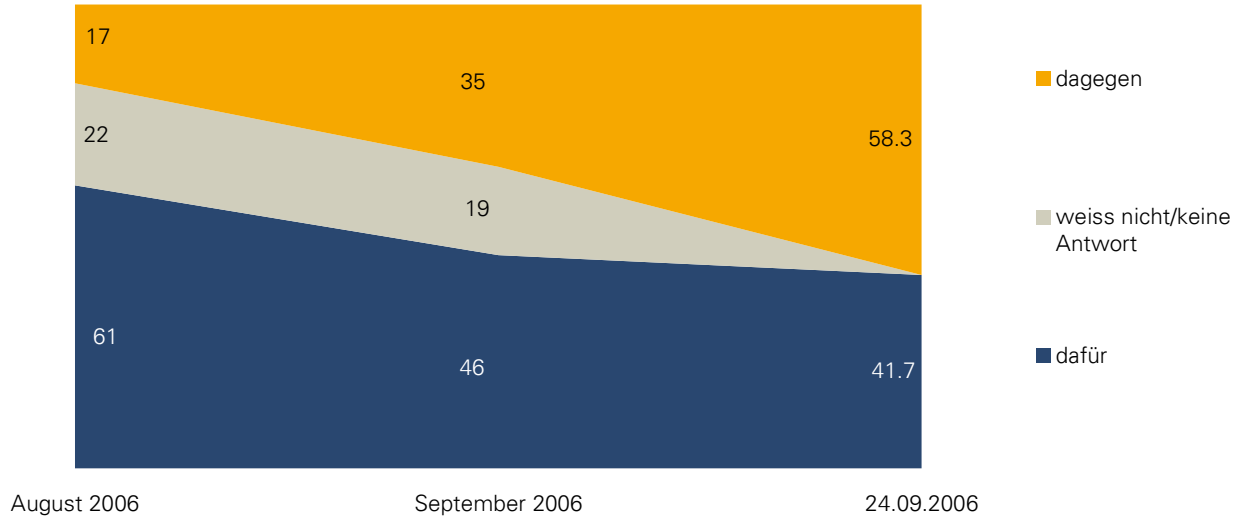


Grafik 8:

## Trend Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 24.09.2006: Initiative "Nationalbankgewinne für die AHV"

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Initiative "Nationalbankgewinne für die AHV" abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 24. September 2000, 1. Welle, August 2000 (n = ca. 770)

Die Nachanalysen zu beiden Vorlagen zeigten, dass die Polarisierung zwischen links und rechts entscheidend war. Die höchste Zustimmung gab es jeweils bei der SP. Abgelehnt wurden die Begehren bei den bürgerlichen Anhängerschaften. Die anderen Konfliktlinien, die auch hier interessieren, waren nicht regelmässig ausgeprägt. Insbesondere lehnten die mittleren Schichten beide Vorlagen ab. Beschränkte Differenzierungen gab es zwischen den Sprachregionen.

**Tabelle 7:**

## Referenzabstimmungen "Ausschaffungs-Initiative" und "Gegenentwurf"

|                                  | Referenzabstimmung 1                         | Referenzabstimmung 2  | Referenzabstimmung 3                               |
|----------------------------------|--|---|--|
| <b>Datum</b>                     | 24.11.2002                                   | 08.02.2004  | 01.06.2008   |
| <b>Name</b>                      | Volksinitiative "gegen Asylrechtsmissbrauch" | Volksinitiative "Lebenslange Verwahrung für Sexual- und Gewaltstraftäter" | Volksinitiative "Für demokratische Einbürgerungen" |
| <b>Stimmbeteiligung</b>          | 47.9%  | 45.5%   | 45.2%  |
| <b>Volksergebnis JA in %</b>     | 49.9%  | 56.2%   | 36.2%  |
| <b>Empfehlungen/ Parolen</b>     |  |   |  |
| Behörden                         | Nein   | Nein  | Nein   |
| SVP                              | Ja   | Ja  | Ja   |
| FDP.Die Liberalen                | Nein   | Nein  | Nein   |
| CVP                              | Nein   | Nein  | Nein   |
| SP                               | Nein   | Nein  | Nein   |
| GPS                              | Nein   | Nein  | Nein   |
| <b>Konfliktmuster gemäss VOX</b> |  |   |  |
| links/rechts                     | Rechts (***)                                 | Rechts (***)  | Rechts (***)                                       |
| Parteibindung/Sympathie          | SVP (***)                                    | SVP (***)   | SVP (***)  |
| Sprachregion in % Ja-Anteil      | DCH: 52.4%, FCH: 41.5%, ICH: 48.2%           | DCH: 55.7%, FCH: 54.4%, ICH: 74.2%  | DCH: 41.3%, FCH: 19.9%, ICH: 41.9%                 |
| Siedlungsart                     | kleine und mittlere Agglomerationen (*)      | kleine und mittlere Agglomerationen (*)                                   | —  |
| Haushaltseinkommen               | —  | tiefe Einkommen (*)   | tiefe Einkommen (**)                               |
| Bildung                          | tiefe Bildung (***)                          | tiefe Bildung (***)   | tiefe Bildung (***)                                |
| Alter                            | —  | 70+-Jährige (**)  | 70+-Jährige (*)                                    |
| Geschlecht                       | —  | —   | Männer (***)                                       |
| Regierungsvertrauen              | Misstrauen (***)                             | Misstrauen (***)  | Misstrauen (***)                                   |

Quellen: BFS, Swissovotes und VOX-Analysen

Bei der Ausschaffungsinitiative können die Asylrechtsmissbrauchs-Initiative, die Verwahrungsinitiative und die Einbürgerungsinitiative beigezogen worden. In keinem Fall ist die Situation identisch. Der wichtigste Unterschied ist, dass es keinen Gegenentwurf gab. In allen Fällen gab es eine klare Polarisierung zwischen den Parteien, im Wesentlichen ebenfalls zwischen links und rechts. In allen Fällen gab es Einflüsse aus der sozialen Schicht, indem entweder die tiefen Bildungs- oder Einkommensschichten oder beide vermehrt für die Initiativen waren. Hinzu kamen in einigen Fällen Einflüsse aus dem Alter, in dem die Rentnerschaft vermehrt für die Initiativen votierte.

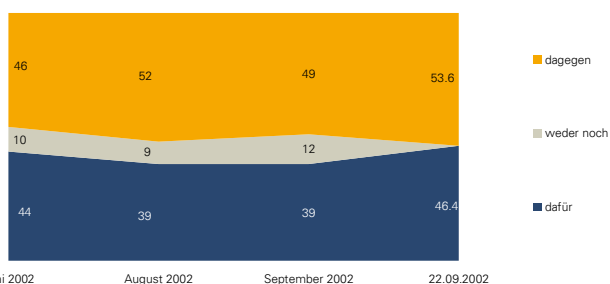
Für die Situation einer Volksinitiative mit Gegenentwurf und Stichfrage gibt es nicht wirklich brauchbare Referenzabstimmungen. Die vergleichbaren Situationen waren im Jahre 2000 bei der Solarinitiative und 2002 bei der Goldinitiative zugunsten der AHV, der die Solidaritätsstiftung gegenüber gestellt wurden. In beiden Fällen wurden beide Projekte mehrheitlich abgelehnt.

**Grafik 9:**

### Trend Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 22.09.2002: "Gold-Initiative"

\*Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Gold-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?\*

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

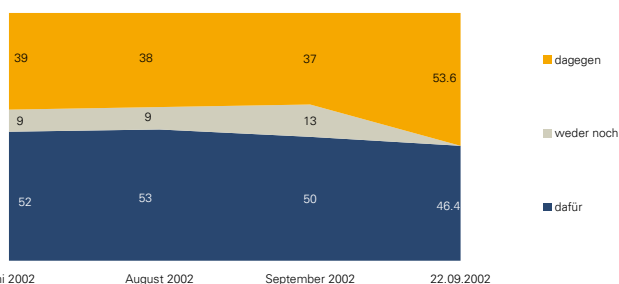


© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 24. September 2000, 1. Welle, August 2000 (n = ca. 770)

### Trend Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 22.09.2002: "Gegenentwurf Gold-Initiative"

\*Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Gold-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?\*

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 22. September 2002 (n = ca. 770)

Im Trend untersucht wird hier nur die Goldinitiative und der Gegenvorschlag dazu. Dabei zeigt sich dass die Ablehnung der Initiative von Beginn weg stark war und über die Zeit leicht zunahm, nicht aber so deutlich wie das sonst der Fall ist. Der Gegenvorschlag startete mit einer knappen Zustimmungsmehrheit, verlor diese aber mit jeder Woche, die der Abstimmungskampf dauerte. Schliesslich resultierten zwei knappe Nein-Mehrheiten.

## 2.5. Hypothesen für die aktuelle Untersuchung

Zur Steuergerechtigkeitsinitiative formulieren wir aufgrund des Dispositionsansatzes einerseits, der Ergebnisse aus der ersten Welle andererseits die nachstehende Arbeitshypothese:

### 2.5.1. Steuergerechtigkeits-Initiative

Die Vorlage ist in der Ausgangslage mehrheitsfähig, weil Steuerprivilegien für Reiche in breiten Bevölkerungsschichten problematisch geworden sind. Sie polarisieren zwischen den Kantonen mit verschiedenartiger Praxis und betreffen damit den nationalen Zusammenhalt.

Der Lösungsansatz der Initiative trifft damit die Steuerhoheit der Kantone in Einkommens- und Vermögensfragen. Das kratzt am Spielraum des föderalistischen Steuerwettbewerbs. Zudem können weitere Teile der Steuerpflichtigen direkt betroffen werden, sollten die Steuerleistungen der Reichen zurückgehen.

Die Meinungsbildung zur Vorlage ist wie bei Volks-initiativen üblich ambivalent, mit der Tendenz zu Beginn positiv zu sein, je länger die Diskussion dauert dürfte es aber zu einer Problematisierung kommen. Es soll aber mit den zwei üblichen Szenarien gearbeitet werden, wobei der Meinungswandel die Referenz ist, die Meinungskonstanz aber mitverfolgt wird.

### 2.5.2. Ausschaffungs-Initiative und Gegenvorschlag

Die Vorlage ist in der Ausgangslage mehrheitsfähig, weil die Kriminalität bestimmter Ausländergruppen in breiten Bevölkerungsschichten problematisiert worden ist. Das Thema ist damit eindeutig gesetzt – bis ins Parlament hinein.

Der Lösungsansatz der InitiantInnen war allerdings gerade im Parlament umstritten, sodass es zu einem Gegenentwurf kam, der Ziele der Initiative aufnahm, sie aber mit anderen Mitteln verfolgen will.

An sich gelten die gleichen Vorgaben, wie sie bei Initiativen mit Gegenentwurf üblich sind, doch ist wenig Gesichertes über die Interaktion zwischen den Meinungsbildungsprozessen zu beiden Entscheidungen bekannt. Das gilt auch für die Stichfrage, denn es liegen zu wenig Beispiele vor, anhand derer wir das nachvollziehen können. Eigentliche Hypothesen zur Meinungsbildung, die eine Richtung beinhalten, sollen bei dieser Gelegenheit erst entwickelt und ex post diskutiert werden.

# 3. Befunde

## 3.1. Gegenwärtige Teilnahmeabsichten

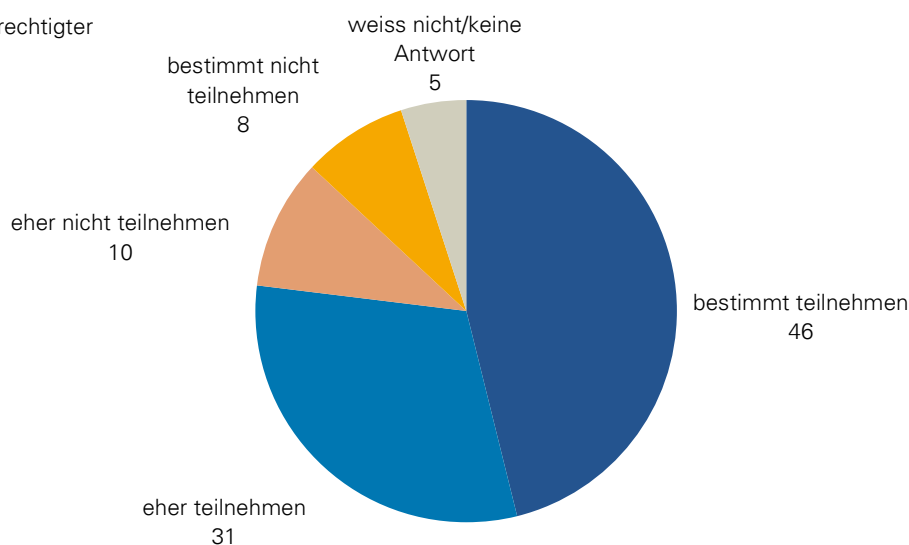
Zweieinhalb Wochen vor der Volksabstimmung vom 28. November 2010 wollen 46 Prozent sicher an den Entscheidungen teilnehmen. Das ist minimal mehr als der Schnitt der Beteiligung an Abstimmungen in den letzten Jahren.

**Grafik 10:**

### Teilnahmeabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010: "Steuergerechtigkeits-Initiative", "Ausschaffungs-Initiative" und "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"

"Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?"

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = 1207)

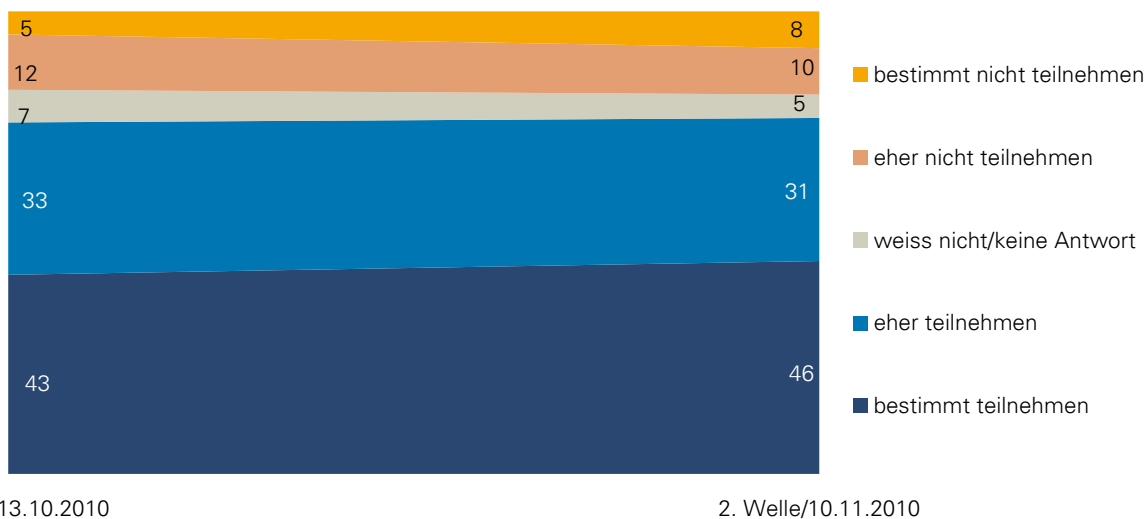
Gegenüber der ersten Befragung haben die Teilnahmeabsichten um drei Prozentpunkte zugenommen. Das ist eher wenig. Es bleibt aber fast ein Drittel, das unverändert zuschaut und sich eine Teilnahme überlegt, was ausgesprochen viel ist.

Grafik 11:

## Trend Teilnahmeabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010: "Steuer gerechtigkeits-Initiative", "Ausschaffungs-Initiative" und "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"

"Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?"

in % Stimmberechtigter



1. Welle/13.10.2010

2. Welle/10.11.2010

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = ca. 1200)

Etwas geändert hat sich die Struktur der Mobilisierung seit der ersten Erhebung. Unverändert sind die Grünen am besten mobilisiert. 70 Prozent ihrer Wähler und Wählerinnen wollen sich an den anstehenden Entscheidungen beteiligen. Neu folgt die CVP-Wählerschaft an zweiter Stelle: Hier wollen sich 68 Prozent an den Abstimmungen vom 28. November äussern – Trend klar steigend. Erhöht hat sich die Teilnahmebereitschaft auch bei der SP, wo sich aktuell 56 Prozent beteiligen würden.

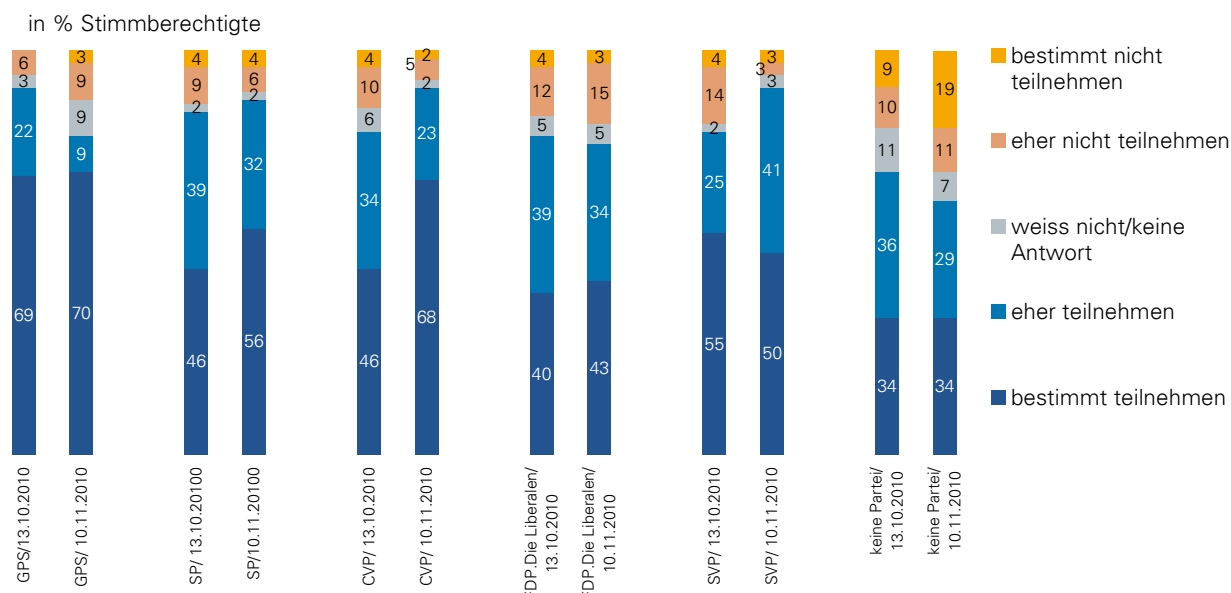
Praktisch stabil ist die Mobilisierung bei der FDP und bei der SVP. Vor allem bei letzter fällt auf, dass die Bekundungen, sicher teilnehmen zu wollen, mit dem Abstimmungskampf nicht gestiegen sind. Dafür hat es hier so viele wie nirgends sonst, die sich eine Teilnahme noch überlegen. Sie könnten die Ergebnisse nachhaltig zugunsten der SVP-Positionen beeinflussen.

Wie immer ist die Beteiligungsbereitschaft bei den Parteiungebundenen am tiefsten. Doch sind sie die grösste Gruppe überhaupt, sodass der Gesamteffekt nicht unterschätzt werden darf.

Grafik 12:

## Trend Teilnahmeabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Partei: "Steuergerechtigkeits-Initiative", "Ausschaffungs-Initiative" und "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"

"Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?"



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = ca. 1200)

### 3.2. Gegenwärtiger Stand der Meinungsbildung

Mit der aktuellen Befragung haben wir den Stand der Meinungsbildung auch formal untersucht. Erfragt wurden das Wissen, die Informiertheit und der erwartete Abstimmungsausgang.

Grafik 13:

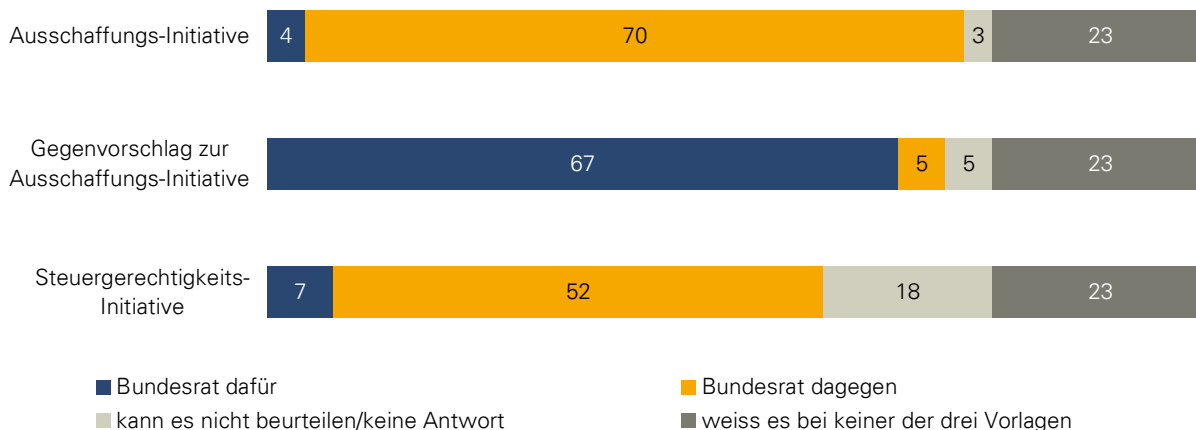
## Position des Bundesrats zur "Ausschaffungs-Initiative", "Gegenvorschlag zur Ausschaffungs-Initiative" und "Steuergerechtigkeits-Initiative"

"Wissen Sie zufällig die offizielle Position des Bundesrats zu den drei Vorlagen? Ist der Bundesrat für oder gegen die "Ausschaffungs-Initiative"?

Und wie ist das beim "Gegenvorschlag zur Ausschaffungs-Initiative"? Ist der Bundesrat dafür oder dagegen?

Und die Bundesratsposition bei der "Steuergerechtigkeits-Initiative": Ist der Bundesrat dafür oder dagegen?"

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = 1207)

Das Wissen um die Positionen ist weitgehend richtig bekannt. Ein Viertel der Stimmberechtigten hat sich damit nicht wirklich beschäftigt, drei Viertel schon. 70 Prozent wissen, dass der Bundesrat gegen die Ausschaffungsinitiative ist. 67 Prozent können seine befürwortende Position zum Gegenentwurf richtig nennen. Bei der Steuerinitiative ist das Positionswissen am geringsten. Immerhin wissen auch hier 52 Prozent, dass die Bundesregierung die Initiative ablehnt.

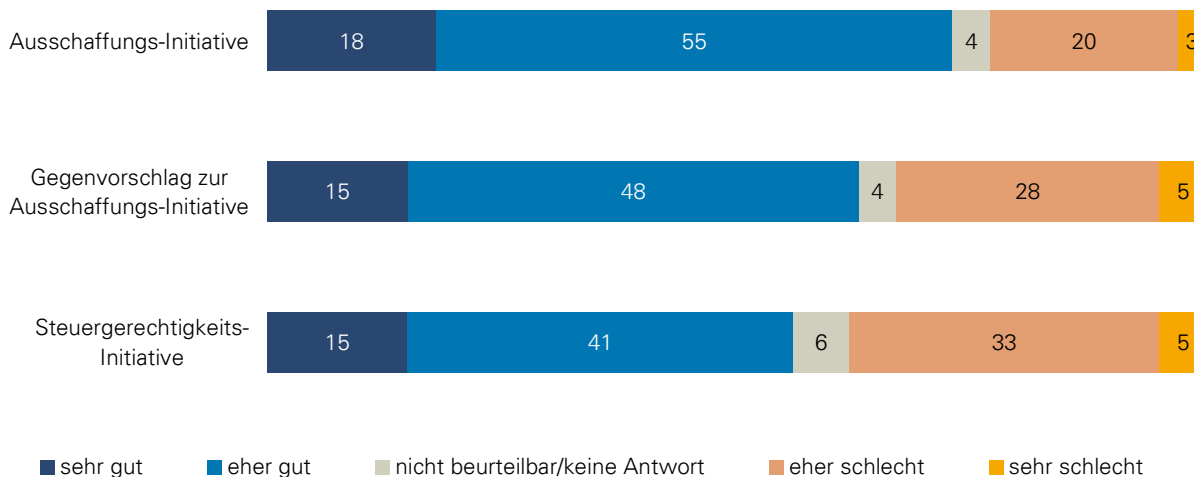
**Grafik 14:**

## Informiertheit über "Ausschaffungs-Initiative", "Gegenvorschlag zur Ausschaffungs-Initiative" und "Steuergerechtigkeits-Initiative"

"Wie gut fühlen Sie sich informiert über die "Ausschaffungs-Initiative"? Fühlen Sie sich sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht informiert?"

Und wie ist das beim "Gegenvorschlag zur Ausschaffungs-Initiative"? Wie gut fühlen Sie sich hier informiert?  
Schliesslich die "Steuergerechtigkeits-Initiative": Wie fühlen Sie sich hier informiert?"

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = 1207)

Darauf angesprochen, wie gut man sich selber informiert fühlt, ergibt sich die gleiche Rangierung: 73 Prozent der Stimmberechtigten sagen von sich selber, sehr oder eher gut zur Ausschaffungsinitiative informiert zu sein. Beim Gegenvorschlag sind 63 Prozent und bei der Steuergerechtigkeitsinitiative ergibt sich ein Vergleichswert von 56 Prozent.

**Grafik 15:**

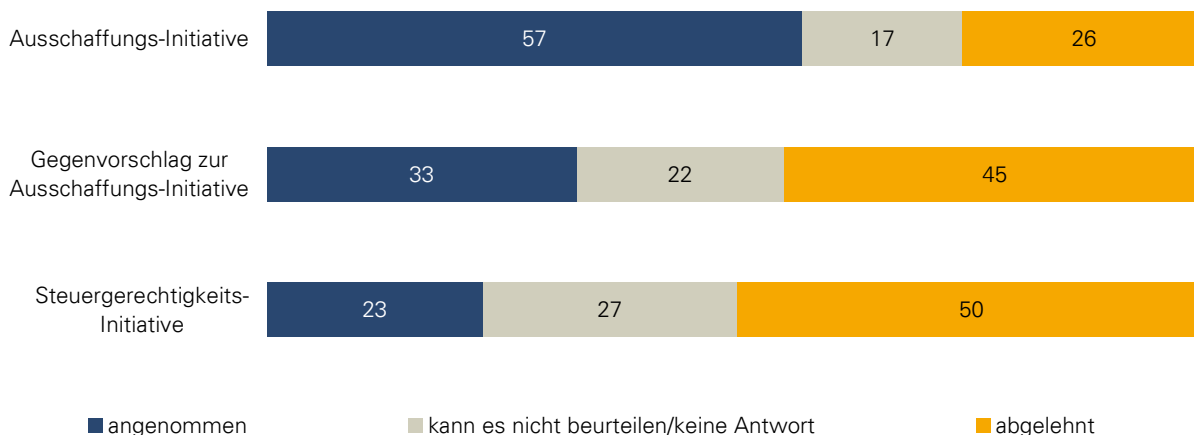
## Erwartete Annahme/Ablehnung der "Ausschaffungs-Initiative", "Gegenvorschlag zur Ausschaffungs-Initiative" und "Steuergerechtigkeits-Initiative"

"Was denken Sie: Wird die "Ausschaffungs-Initiative" am Schluss von einer Mehrheit angenommen oder abgelehnt?"

Und wie ist das beim "Gegenvorschlag zur Ausschaffungs-Initiative"? Wird dieser von einer Mehrheit angenommen oder abgelehnt?"

Schliesslich die "Steuergerechtigkeits-Initiative": Wird diese von einer Mehrheit angenommen oder abgelehnt?"

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = 1207)



Schliesslich erwarten die Bürger und Bürgerinnen, dass die Ausschaffungsinitiative angenommen wird. 57 Prozent rechnen damit. 26 Prozent gehen von einer Ablehnung aus. Beim Gegenvorschlag gibt es keine Mehrheiten in den Erwartungshaltungen: 45 Prozent tippen auf ein Nein, 33 Prozent auf ein Ja. Es überwiegt also eine relative Skepsis. Schliesslich rechnet die Hälfte der Stimmberechtigten damit, dass die Steuergerechtigkeitsinitiative in der Volksabstimmung durchfällt. Ein knappes Viertel geht vom Gegenteil aus.

Die Kombination von Informiertheit und Erwartungshaltung einerseits und Stimmabsichten andererseits zeigt, dass Mehrheiten selber so stimmen wollen, wie sie die Mehrheit wahrnehmen. Einzig bei den wenig Informierten gibt es Abweichungen davon. So gibt es hier eine Mehrheit, die bei der Steuergerechtigkeitsinitiative mit einer Ablehnung rechnen, selber aber zustimmen will, damit ein möglichst knappes Ergebnis resultiert. Bei der Ausschaffungsfrage findet sich das kaum.

### 3.3. "Ausschaffungs-Initiative" und "Gegentwurf"

#### 3.3.1. Gegenwärtige Stimmabsichten zur "Ausschaffungs-Initiative"

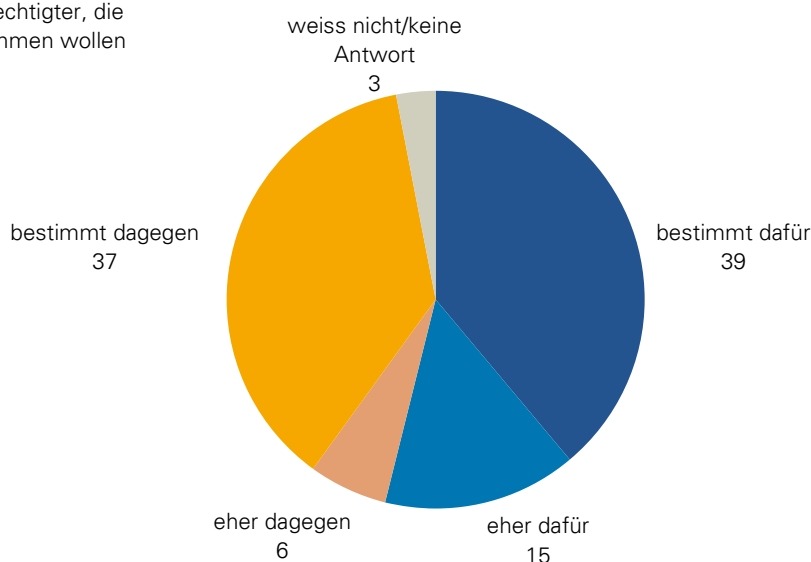
Wäre bereits am 10. November 2010 über die Ausschaffungsinitiative entschieden worden, hätten 54 Prozent bestimmt oder eher für sie gestimmt. 43 Prozent wären bestimmt oder eher dagegen gewesen. Nur drei Prozent der bestimmt Teilnahmewilligen hätte keine Stimmabsicht gehabt. Die Initiative wäre damit mit einiger Wahrscheinlichkeit angenommen worden.

Grafik 16:

#### Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010: "Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über die Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = 771)

Insgesamt ergibt sich daraus ein leichter Nein-Trend über die Zeit. Die Zustimmung sank um vier Prozentpunkte, während die Ablehnung um sieben Prozentpunkte wuchs. Verändert haben sich vor allem die Teile fest Entscheidener. Sie machen gegenwärtig mehr als drei Viertel der Beteiligungswilligen aus – ein re-

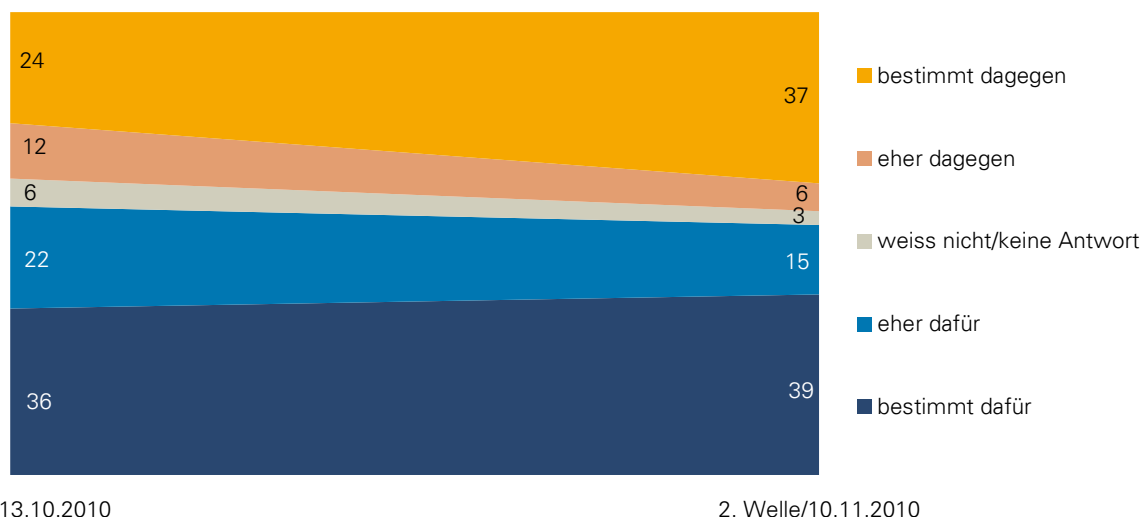
kordverdächtiger Wert. Dabei sind 39 Prozent bestimmt für und 37 Prozent bestimmt gegen das Volksbegehren. 15 Prozent tendieren zur Zustimmung, 6 zur Ablehnung. Unüblich wenige sind unentschieden. Die Umfrage weist gerade mal 3 Prozent der insgesamt 46 Prozent teilnahmebereitsen BürgerInnen aus.

**Grafik 17:**

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010: "Ausschaffungs-Initiative"

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

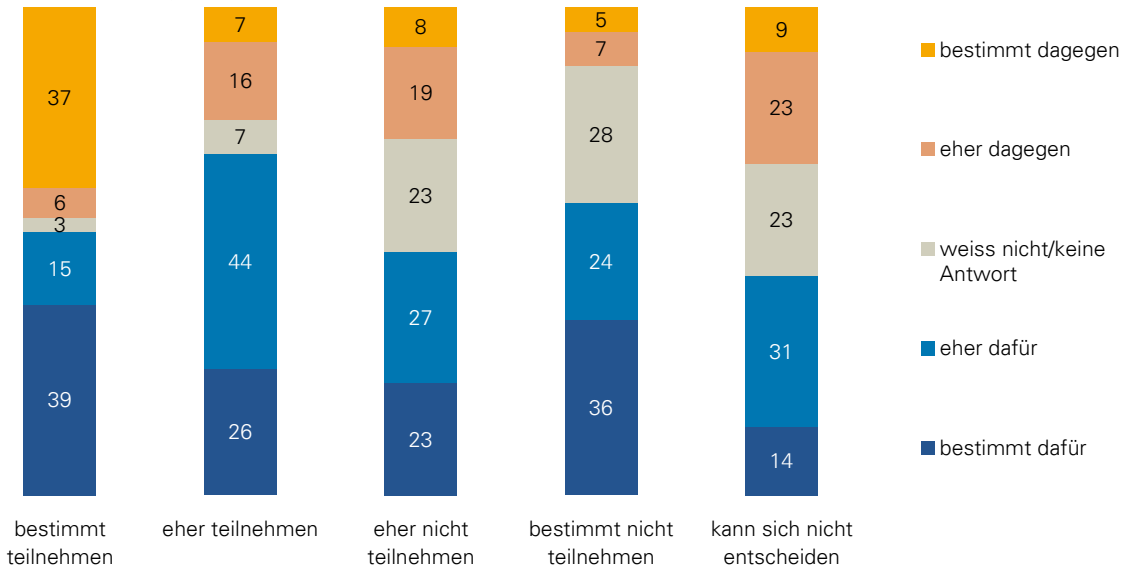
Die grösste Unsicherheit ergibt sich aber nicht daraus, sondern aus der Beteiligung selber. Über die 46 Prozent bestimmt Teilnehmender weist die Erhebung weitere 31 Prozent mit einer tendenziellen Teilnahmewilligkeit aus. Das ist ebenfalls klar mehr als sonst – und es verteilt sich hinsichtlich der Stimmabsichten nicht neutral. In jenem Drittel Stimmberechtigter, die sich eine Beteiligung am 28. November 2010 vorstellen können, liegt die Initiative mit 70 zu 23 und 7 Prozent Unentschiedenen vorne. Je nachdem wie dieses Potenzial zur Stimmabgabe motiviert werden kann, sind erhebliche Auswirkungen auf das Abstimmungsergebnis möglich. Würden sich alle eher Mobilisierbaren beteiligen, läge das Resultat bei rund 3 zu 2 für die Initiative. Wenn die Mobilisierung dieser BürgerInnen einseitig erfolgen sollte, sind grössere Auswirkungen in beide Richtungen denkbar. Wahrscheinlich ist, dass eine spezielle Schlussmobilisierung aber den InitiantInnen nützt.

**Grafik 18:**

## Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Teilnahmeabsicht: "Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über die Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = 1207), sig.

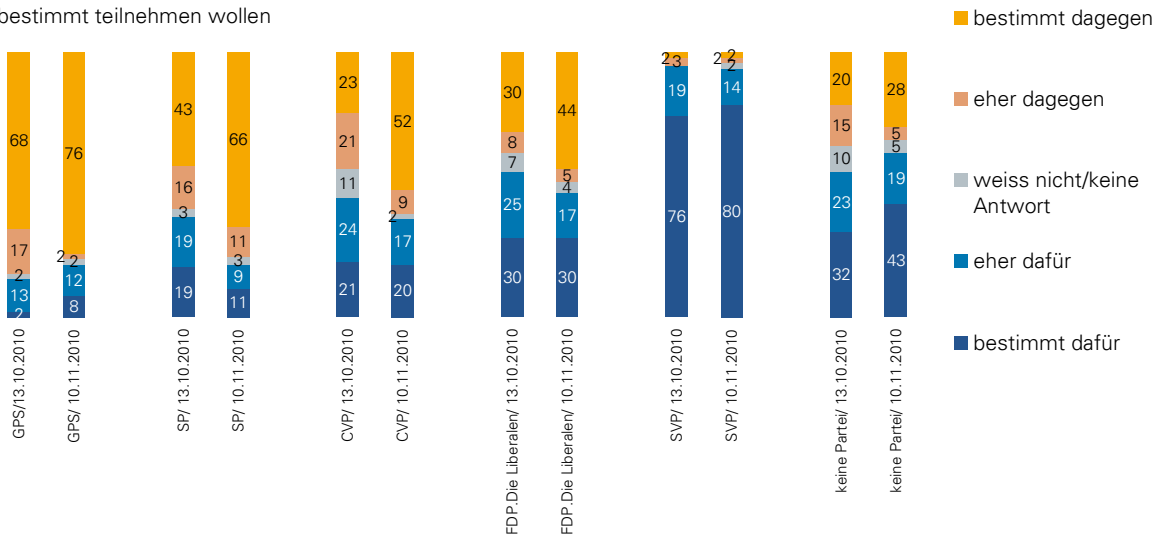
In der Folge berichten wir jedoch nicht über diese hypothetischen Überlegungen, sondern über die 18 Tage vor der Abstimmung auffindbaren Stärkenverhältnisse der beiden Lager.

**Grafik 19:**

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Partei: "Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über die Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

Die mit Abstand wichtigste Erklärungsgrösse für die Stimmabsichten ist die Parteibindung. Die Wählerschaft der SVP ist fast geschlossen für die Initiative. Jene der Grünen respektive der SP sind ebenfalls überwiegend dagegen. Bei

der CVP herrscht zwischenzeitlich die Nein-Tendenz leicht vor, während die Verhältnisse bei der FDP gespalten sind. Für die Initiative stimmen wollen indessen auch Menschen ohne parteipolitische Bindungen.

**Tabelle 8:**

## Beurteilung der Parteiwählerschaften bei der "Ausschaffungs-Initiative"

|                 | GPS     | SP              | CVP     | FDP     | Ungebundene | SVP    |
|-----------------|---------|-----------------|---------|---------|-------------|--------|
| <b>Mehrheit</b> | Dagegen | Dagegen         | Dagegen | Dagegen | Dafür       | Dafür  |
| <b>Trend</b>    | Stabil  | Minimal negativ | Negativ | Negativ | positiv     | stabil |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 15. November 2010 (n=771)

Die Trendanalyse zeigt, dass sich die Reihen entlang der Parteiparolen schliessen. Namentlich bei CVP und FDP gab es eine Wende in der Mehrheit, welche im Wesentlichen auch den Rückgang in der Zustimmung erklärt. Ein Teil davon wird aber kompensiert, weil die ungebunden stimmenden BürgerInnen eine Ja-Tendenz erkennen lassen.

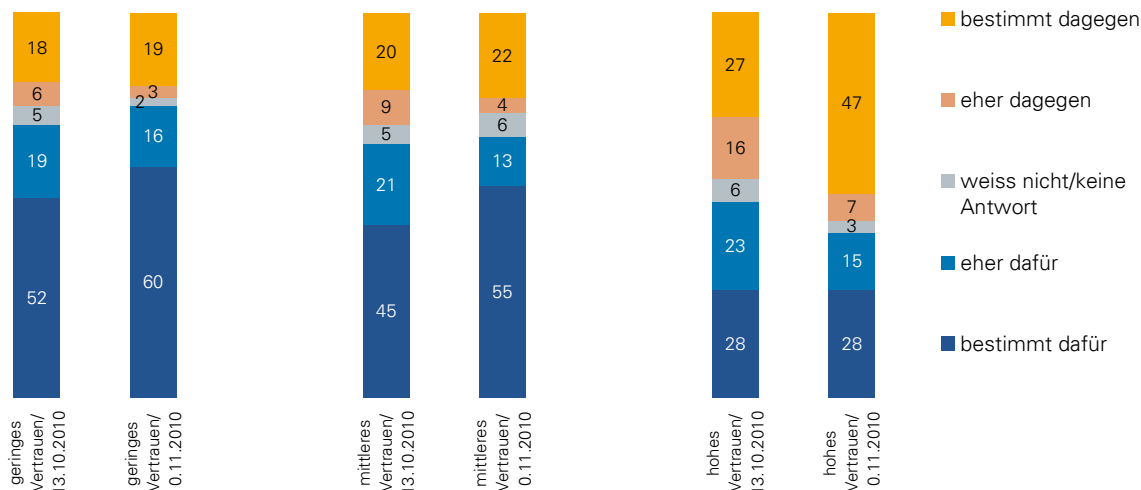
Die Mitte-Links-Blockbildung auf der Nein-Seite ist dann erfolgreich in Ausländerfragen, wenn sie auch einen namhaften Teil der Ungebundenen hinter sich weiss. Da das wenigstens gegenwärtig nicht der Fall ist, kann die nicht unbekannte Konstellation resultieren, dass die SVP-WählerInnen – verstärkt durch die Ungebundenen – die Mehrheit ausmachen.

**Grafik 20:**

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Vertrauen in Arbeit des Bundesrats: "Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über die Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

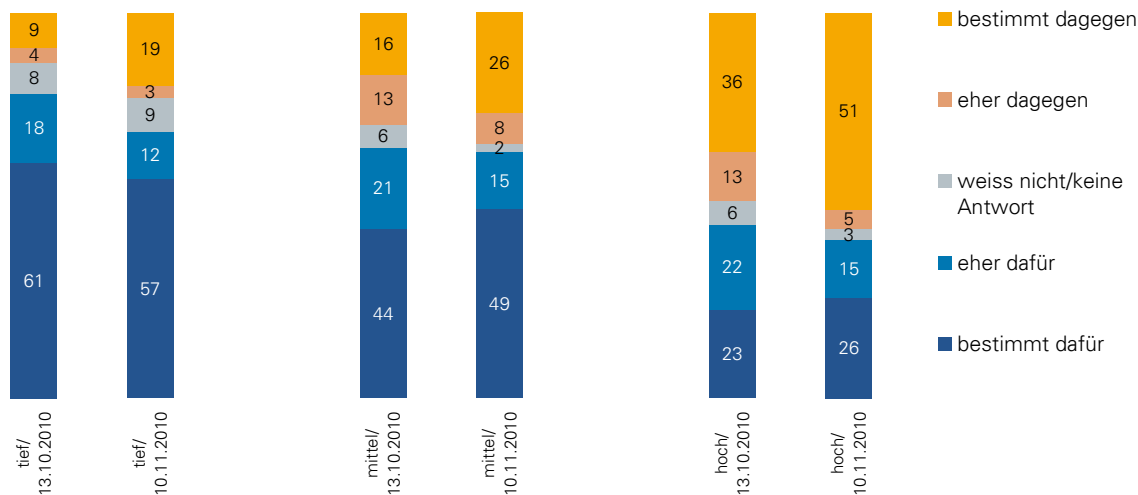
Die zweite wichtige Konfliktlinie betrifft das Vertrauen in die Behörden, insbesondere in den Bundesrat. Wo dieses gegeben ist, ist die Ablehnung der Ausschaffungsinitiative mehrheitlich und auch wachsend. Wo das Misstrauen vorherrscht, findet sich jedoch genau das Umgekehrte: Die Zustimmung ist grossmehrheitlich und sie nimmt über die Zeit hinweg zu. Das gilt etwas eingeschränkt auch für BürgerInnen, die sich selber zwischen Vertrauen und Misstrauen einordnen.

**Grafik 21:**

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Bildung: "Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über die Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

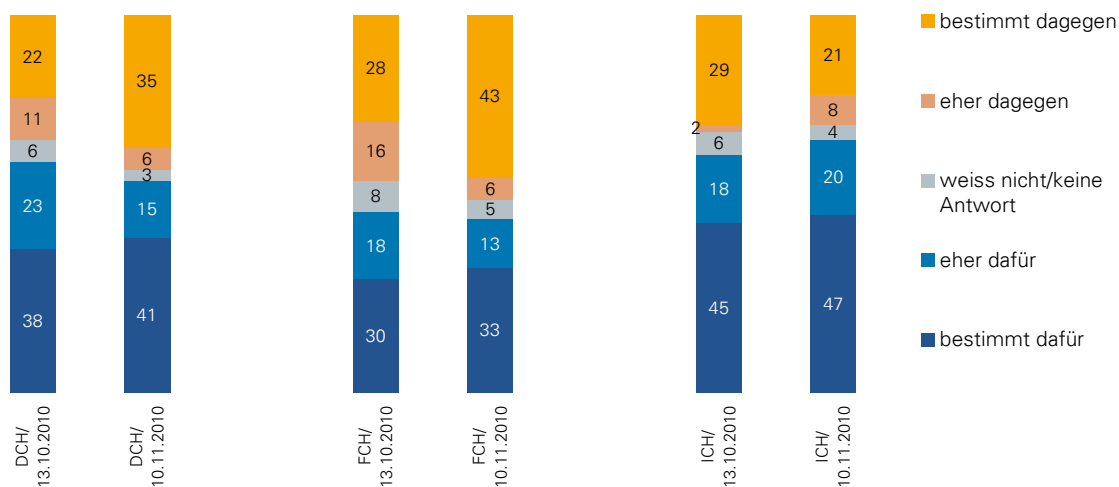
Die dritte Konfliktlinie ist bildungsmässiger Natur. Je höher der Schulabschluss ist, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass man das Begehren ablehnt und umgekehrt. Doch gilt auch hier, dass eine Mehrheit der AbsolventInnen einer Berufslehre auf Seiten der Initianten steht und das recht konstant.

**Grafik 22:**

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Sprachregion: "Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über die Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

Schliesslich sei auf Divergenzen zwischen den Sprachregionen verwiesen. In der italienischsprachigen Schweiz zeichnet sich immer deutlicher eine Zustim-

mung ab, in der Romandie wächst die Ablehnung und ist sie gegenwärtig knapp mehrheitlich. In der deutschsprachigen Schweiz sind die Verhältnisse nochmals anders. Die Zustimmung sank während der Kampagnen minimal, ist aber unverändert über 50 Prozent.

### 3.3.2. Gegenwärtige Stimmabsichten zum "Gegenentwurf"

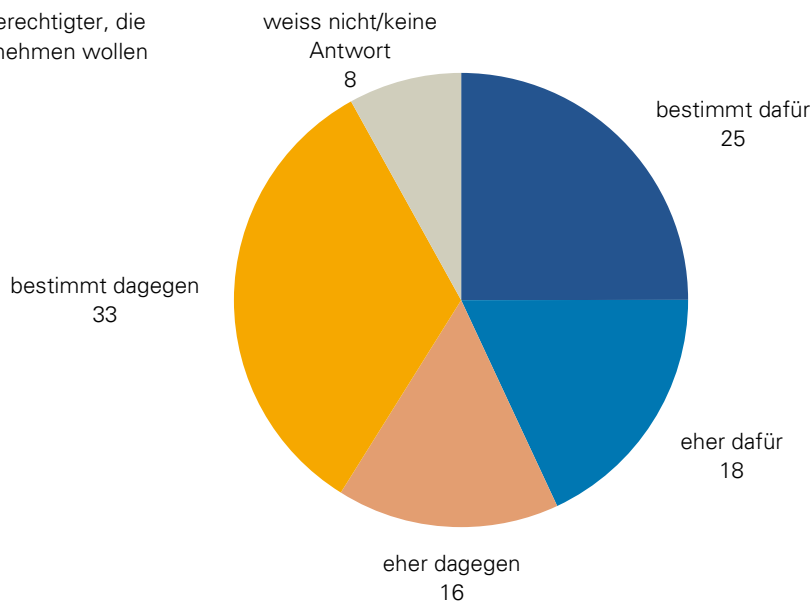
Beim Gegenentwurf sind die Verhältnisse weitgehend komplementär, wenn auch etwas weniger klar profiliert. Gegenwärtig würden 43 Prozent für den Gegenentwurf votieren, 49 Prozent dagegen. 8 Prozent wären unschlüssig.

**Grafik 23:**

## Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010: "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über den Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = 771)

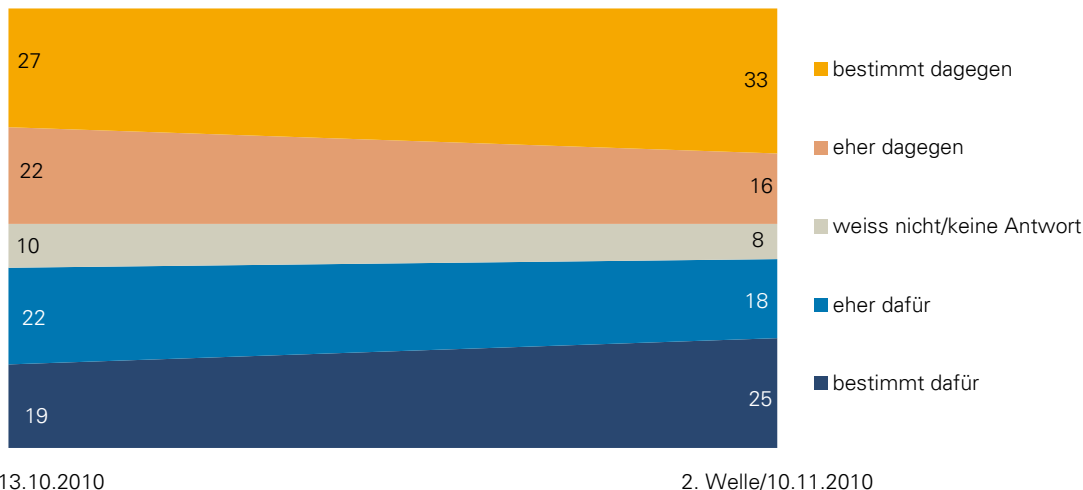
Der eigentliche Trend ist hier nicht auszumachen, denn alle Verschiebungen sind im Stichprobenfehler. Was sich aber ändert, ist der Grad der Entschiedenheit. Wie bei der Initiative nimmt er zu; er liegt aber erst bei 58 Prozent. Das heisst auch, dass beim Gegenentwurf deutlich mehr am Schwanken sind und bleiben und sich möglicherweise erst ganz am Schluss festlegen. An sich ist die Nein-Seite im Vorteil, das Potenzial für eine knappe Mehrheit über oder unter der 50-Prozent-Schwelle ist aber gegeben.

**Grafik 24:**

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010: "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über den Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



1. Welle/13.10.2010

2. Welle/10.11.2010

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

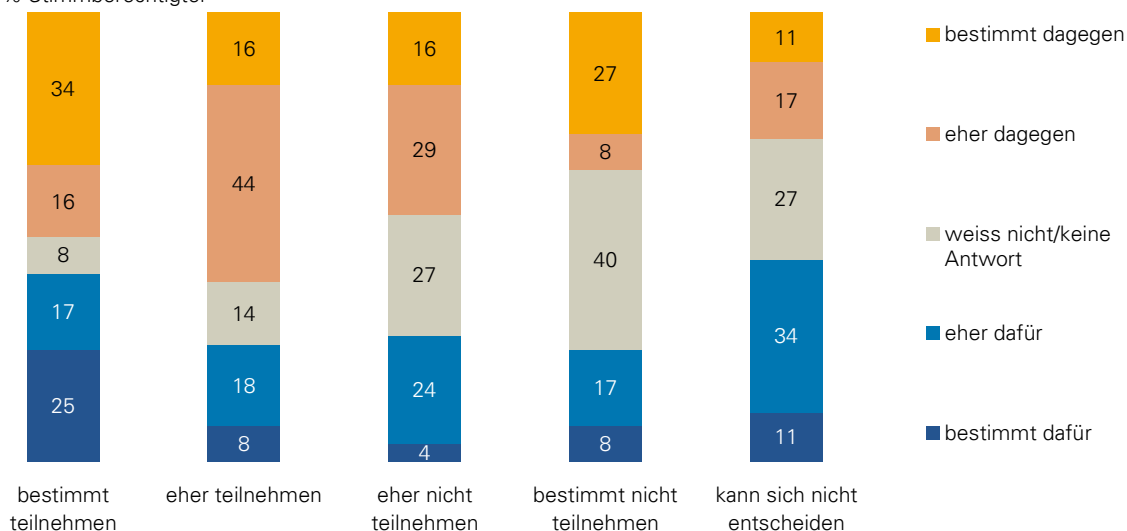
Auch hier gilt es eine deutliche Relativierung zu machen. Steigt die Mobilisierung – wie bei der Volksinitiative analysiert – an, wirkt sich das auch auf die Chancen des Gegenentwurfs aus. Denn auch hier gilt: Wer eher teilnehmen will, ist klarer positioniert als jene, die eher teilnehmen wollen. Beim Gegenentwurf würde sich die Mobilisierung dieses Potenzials zu Ungunsten der Annahme auswirken. Denn 60 Prozent dieses Zusatzpotenzials bei der Beteiligung sind gegen diese Alternative zur Initiative.

**Grafik 25:**

## Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Teilnahmeabsicht: "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über den Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = 1207), sig.

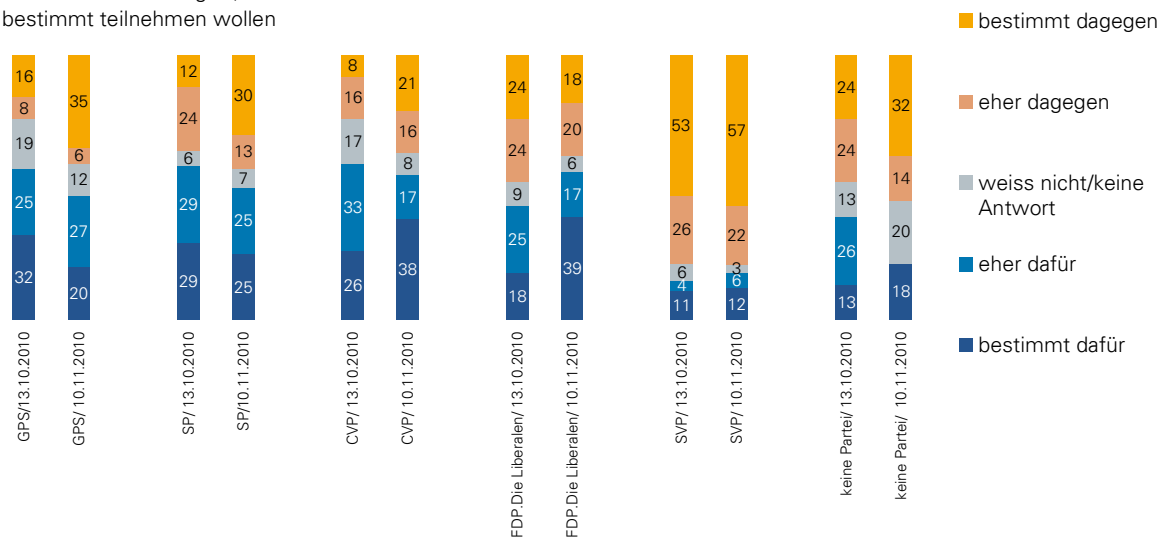
Das Konfliktmuster ist, stellt man wieder auf die bestimmte Teilnehmewilligen ab, zunächst durch die Parteienbindungen bestimmt. Es gilt die gleiche Polarisierung wie bei der Initiative.

**Grafik 26:**

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Partei: "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über den Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

Die SVP und die Ungebundenen stehen auf der einen Seite, die übrigen auf der anderen. Die Linke ist dabei gespalten und das in einem wachsenden Masse, wie es auch die Parolen zum Ausdruck bringen. Einen klaren Meinungsumschwung halten wir dagegen in der Wählerschaft der FDP fest, tendenziell auch der CVP.

**Tabelle 9:**

### Beurteilung der Parteiwählerschaften beim "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"

|                 | GPS                     | SP      | CVP            | FDP     | Ungebundene | SVP     |
|-----------------|-------------------------|---------|----------------|---------|-------------|---------|
| <b>Mehrheit</b> | Relative Mehrheit dafür | dafür   | Dafür          | Dafür   | Dagegen     | Dagegen |
| <b>Trend</b>    | Negativ                 | Negativ | Leicht negativ | positiv | negativ     | stabil  |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 15. November 2010 (n=771)

Ferner können wir auch hier auf gewisse Einflüsse durch das Vertrauen in die Behörden, die Bildung und die Sprachregion verweisen. Dabei sind die Verhältnisse meist umgekehrt als bei der Ausschaffungsinitiative. Es gilt: Menschen mit Vertrauen in die Regierung sind mehrheitlich dafür, misstrauische mehrheitlich dagegen. BürgerInnen auf der Zwischenposition neigen leicht zum Nein.

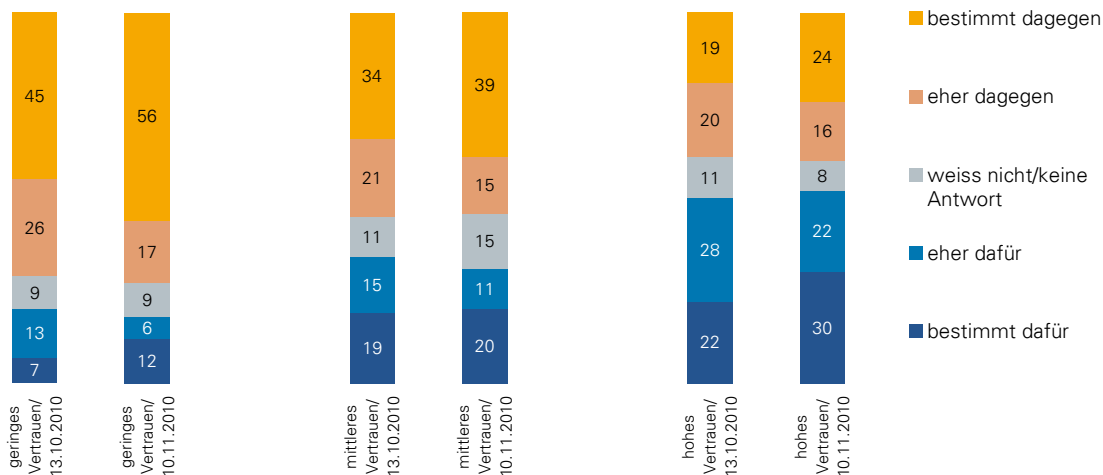


**Grafik 27:**

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Vertrauen in die Arbeit des Bundesrats: "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über den Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

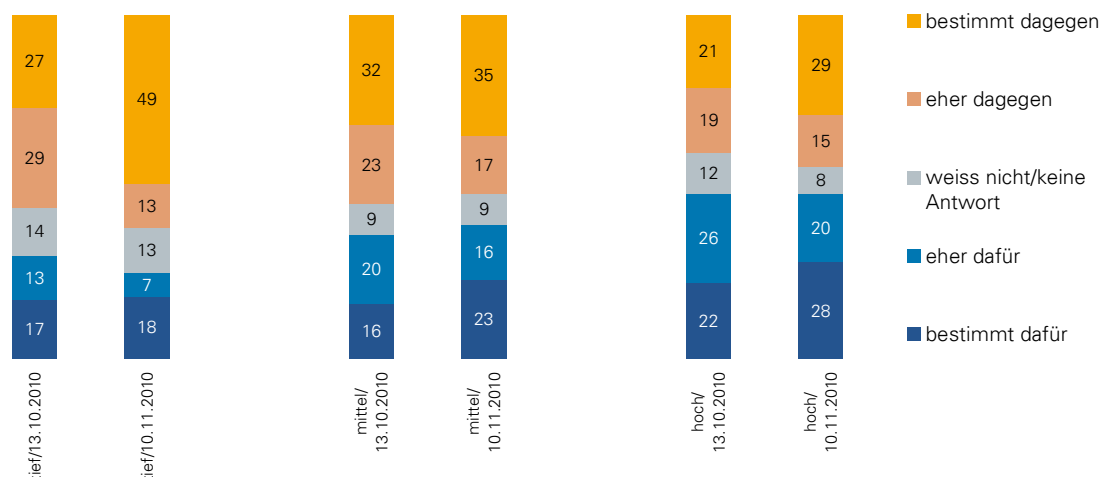
Menschen mit höherer Bildung sind eher dafür, solche mit tiefer dagegen und zwar in wachsendem Masse. Bei einer Berufslehre als höchstem Abschluss neigt man leicht, aber nicht eindeutig ins Nein.

**Grafik 28:**

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Bildung: "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über den Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

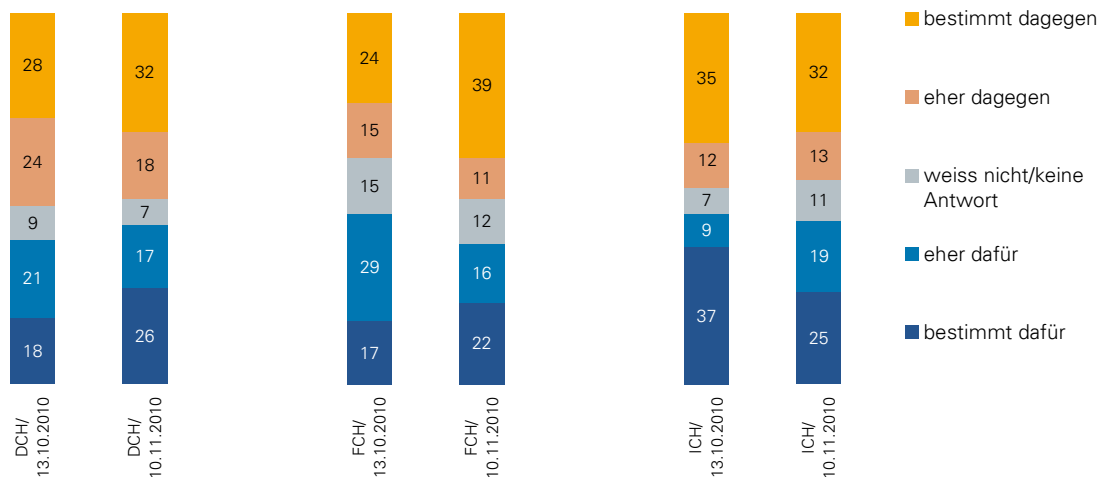
Die Opposition ist in fast allen Sprachregionen gleich, wenn auch anders bedingt. In der deutschsprachigen Schweiz kommt sie von rechts und nimmt minimal ab. In der Romandie kommt sie von links und ist wachsend. In der italienischsprachigen Schweiz sind keine Trends erkennbar.

Grafik 29:

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Sprachregion: "Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative"

"Wenn morgen schon über den Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

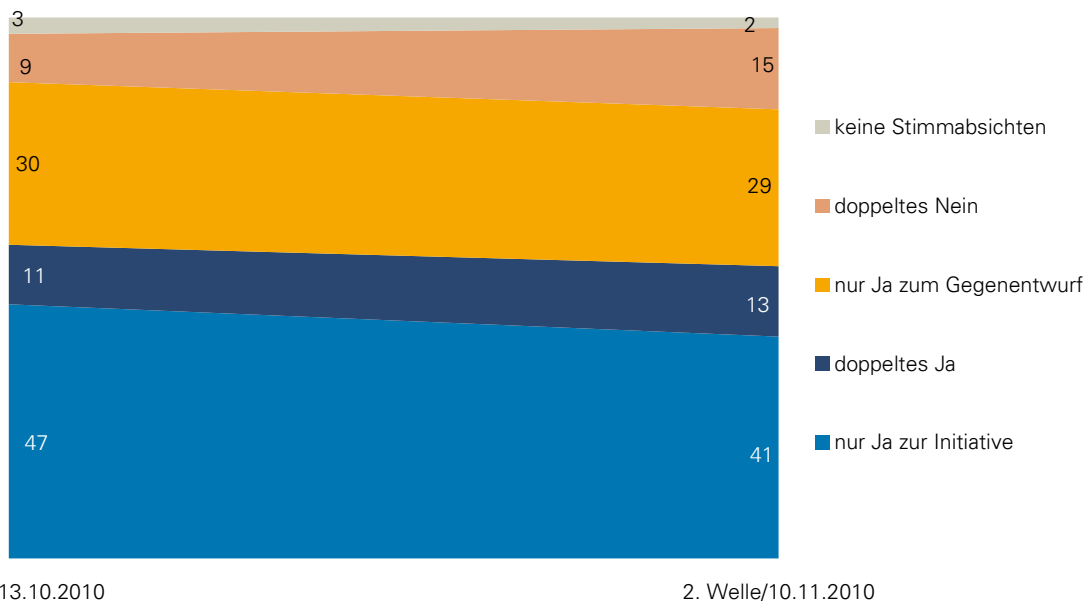
### 3.3.3. Gegenwärtige kombinierte Stimmabsichten und Stichfrage

Wenig überraschend sind die kombinierten Stimmabsichten. Am meisten gewachsen ist das doppelte Nein. Es hat von 9 auf 15 Prozent zugenommen, ist damit nach wie vor eine der eher selteneren Kombinationen. Mindestens einmal Ja stimmen wollen 83 Prozent. Dabei ist der Anteil, der nur die Initiative befürwortet etwas geringer geworden, während die anderen Veränderungen im Stichprobenfehler sind.

Grafik 30:

## Trend Filter Kombinierte Stimmabsichten an Abstimmung vom 28. November 2010

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



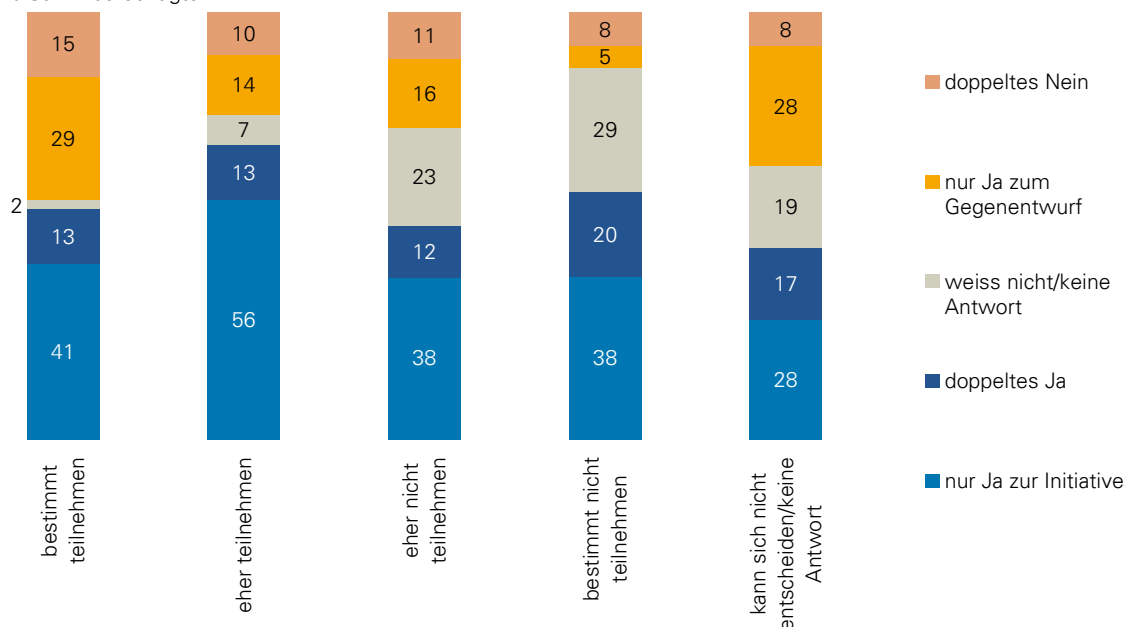
© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

Klar ist auch hier, dass die Mobilisierung einen Einfluss hat. Beteiligen sich alle, die eher teilnehmen wollen, nützt dies eindeutig der exklusiven Befürwortung der Initiative.

Grafik 31:

## Kombinierte Stimmabsichten an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Teilnahmeabsicht

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = 1207), sig.

Kommen wir damit zur letzten Stimmabsichtsfrage, jener der Stichfrage. Ob diese überhaupt relevant wird oder nicht, ist im Moment nicht eindeutig beantwortbar. Denn dafür braucht es ein Volks- und Ständemehr sowohl zur

Initiative (was durchaus möglich ist) als auch beim Gegenentwurf (was im Moment nur beschränkt wahrscheinlich ist).

Bezieht man sich auf die aktuellen Absichten, resultiert ein Vorsprung für die Volksinitiative. 48 Prozent würden sie in der Stichfrage favorisieren, 43 Prozent den Gegenentwurf. 9 Prozent sind hier unentschiedig. Ein zeitlicher Trend ist nicht auszumachen.

Bei einer erhöhten Mobilisierung würden sich die Annahmehancen für die Initiative jedoch erhöhen.

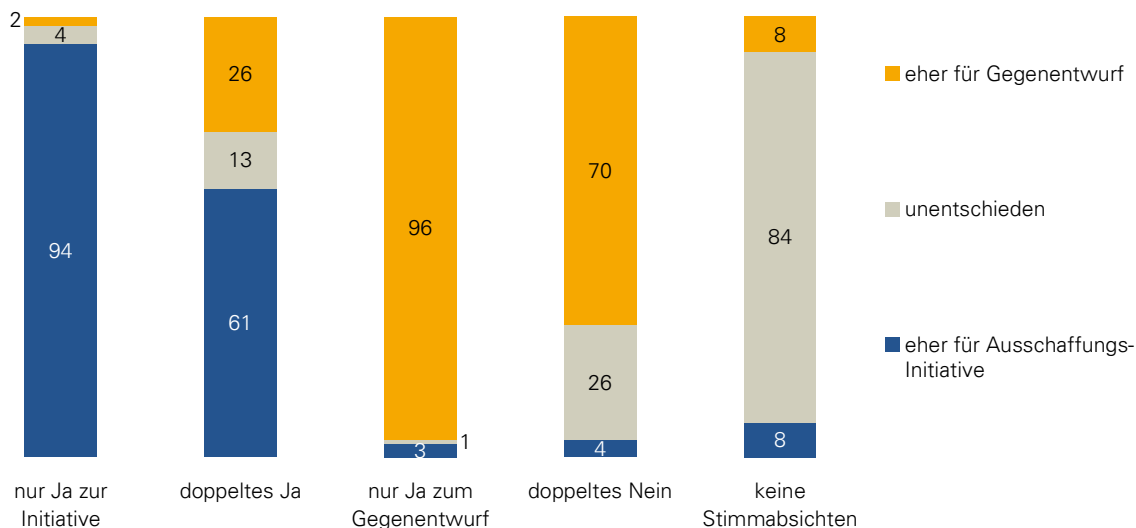
Verwiesen sei darauf, dass das alles hypothetisch ist. Wenn die Stichfrage zum Zuge kommen würde, bräuchte es eine Verstärkung des Lagers für den Gegenentwurf. Wenn dies der Fall wäre, käme es auch bei der Stichfrage zu einem anderen Ergebnis.

**Grafik 32:**

## Filter Stichfrage "Ausschaffungs-Initiative" / "Gegenentwurf" nach kombinierter Stimmabsicht

"Würden Sie sich in der Stichfrage eher für die Ausschaffungs-Initiative oder für den Gegenentwurf der Bundesversammlung entscheiden?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n =771), sig.

Dabei ist es sogar möglich, dass der Gegenentwurf angenommen würde, auch wenn er in der Hauptfrage eine geringere Unterstützung hätte. Denn bei zwei Ja, die nahe beieinander liegen, könnte in der Stichfrage jene Minderheit den Ausschlag geben, die vorher zwei Mal Nein votiert hat. Sie neigt zu mehr als zwei Dritteln dazu, dann Ja "zum geringeren Übel" zu sagen.

### 3.3.4. Argumentetests

Argumentativ haben alle Lager mehrheitsfähige Botschaften:

Grafik 33:

## Pro-Argumente zur "Ausschaffungs-Initiative" und zum "Gegenentwurf"

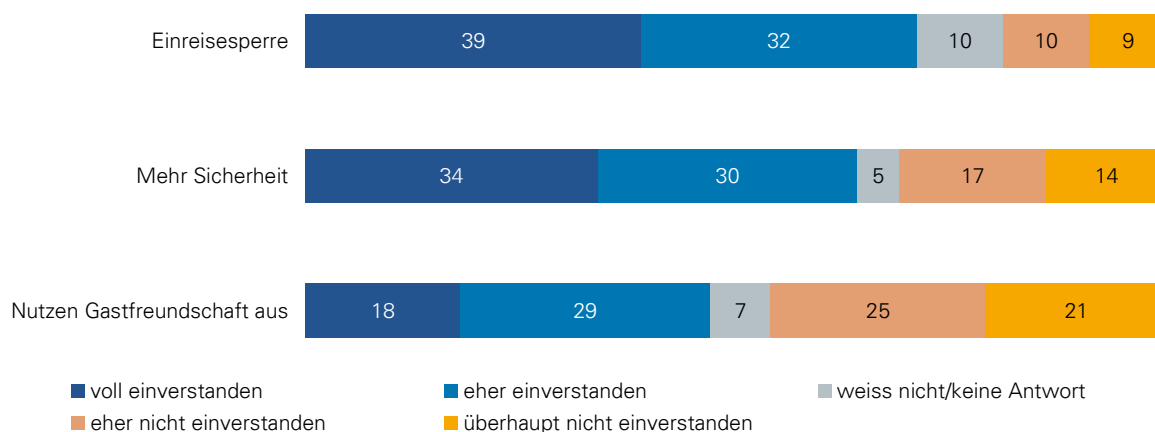
"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Ausschaffungs-Initiative und dem Gegenvorschlag immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

**Einreisesperre** "Dank der fünfjährigen Einreisesperre können ausgewiesene AusländerInnen nicht so schnell wieder in die Schweiz einreisen."

**Mehr Sicherheit** "Wenn man kriminelle AusländerInnen konsequent ausschafft, schafft man mehr Sicherheit."

**Nutzen Gastfreundschaft aus** "Die AusländerInnen in der Schweiz nutzen die Gastfreundschaft aus."

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = 1207)

Die Initianten können populär argumentieren, wenn sie auf die Einreisesperre nach Ausschaffungen verweisen und wenn sie die Sicherheitsfragen ansprechen. Weniger klar ist dies, wenn sie den AusländerInnen pauschal vorwerfen, die Gastfreundschaft der Schweiz zu missbrauchen.

Grafik 34:

## Contra-Argumente zur "Ausschaffungs-Initiative" und zum "Gegenentwurf"

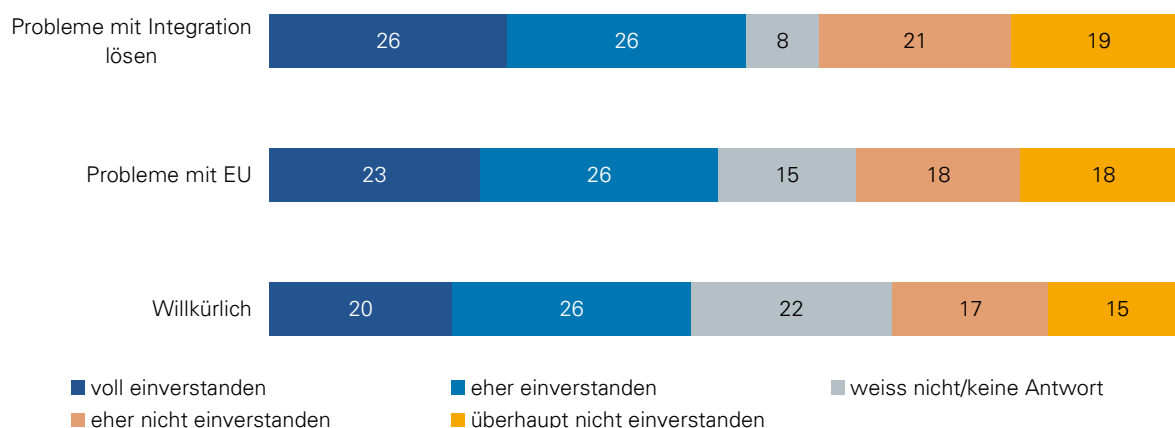
"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Ausschaffungs-Initiative und dem Gegenvorschlag immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

**Probleme mit Integration lösen** "Probleme mit AusländerInnen soll man mit Integration und nicht mit Ausschaffungen lösen."

**Probleme mit EU** "Die Ausschaffungs-Initiative führt zu Problemen mit der Personenfreizügigkeit in den bilateralen Verträgen mit der EU."

**Willkürlich** "Die Definition der Strafbestände, wegen denen man ausgewiesen werden kann, ist in der Initiative willkürlich."

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = 1207)

Die BefürworterInnen des Gegenentwurfs sind mehrheitsfähig, wenn sie die Probleme mit AusländerInnen via Integrationsmassnahmen lösen wollen. Nicht eindeutig ist das, wenn sie Probleme mit der EU unterstellen oder der Initiative Willkür im Katalog der ausschaffungswürdigen Delikte vorwerfen.

Mehrheitlich ist man unter den Stimmberechtigten der Meinung, dass Rückschaffungen menschenrechtskonform sein müssten, ohne dass Einigkeit herrscht, wann dies der Fall respektive wann dies nicht mehr der Fall ist. Schliesslich können die Initianten eine knappe Mehrheit hinter sich scharen, wenn sie sagen, nur mit der Initiative werde konsequent ausgeschafft.

**Grafik 35:**

## Argumente zu "Ausschaffungs-Initiative" und "Gegenentwurf" im Vergleich

"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Ausschaffungs-Initiative und dem Gegenvorschlag immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

**Nur Initiative einheitlich und konsequent** "Nur die Ausschaffungs-Initiative führt zu einer wirklich einheitlichen und konsequenten Ausschaffungspolitik."

**Rückschaffungen menschenrechtskonform** "Rückschaffungen sollen menschenrechtskonform erfolgen, um Konflikte mit Völkerrecht und Verfassung zu vermeiden."

in % Stimmberechtigter



■ voll einverstanden     
 ■ eher einverstanden     
 ■ weiss nicht/keine Antwort  
■ eher nicht einverstanden     
 ■ überhaupt nicht einverstanden

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = 1207)

Der Wirkungstest zeigt, dass sechs der acht Argumente die Entscheidungen beeinflussen.

Grafik 36:

## Regressionsanalyse persönliche Stimmabsicht zur "Ausschaffungs-Initiative"

Filter: Stimmberechtigte, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = 771), R<sup>2</sup> = .680

Lesebeispiel: Erklärungsfaktoren, die besser helfen, die Stimmabsicht korrekt vorauszusagen, sind mit grösserer Schrift aufgeführt. Erklärungsfaktoren, die in der multivariaten Regressionsanalyse keinen signifikanten Eigenwert haben, sind nicht aufgeführt. Erklärungsfaktoren, die das Ja begründen sind, blau, jene für das Nein sind gelb eingefärbt. Der wirksamste Erklärungsfaktor ist ganz oben aufgeführt.

Für ein Ja zur Initiative spricht, dass man konsequente Ausschaffungen möchte, sich mehr Sicherheit für die BürgerInnen wünschte und pauschal die AusländerInnen des Missbrauchs der Gastfreundschaft bezichtigt.

Grafik 37:

## Regressionsanalyse persönliche Stimmabsicht zur "Gegenentwurf"

Filter: Stimmberechtigte, die bestimmt teilnehmen wollen



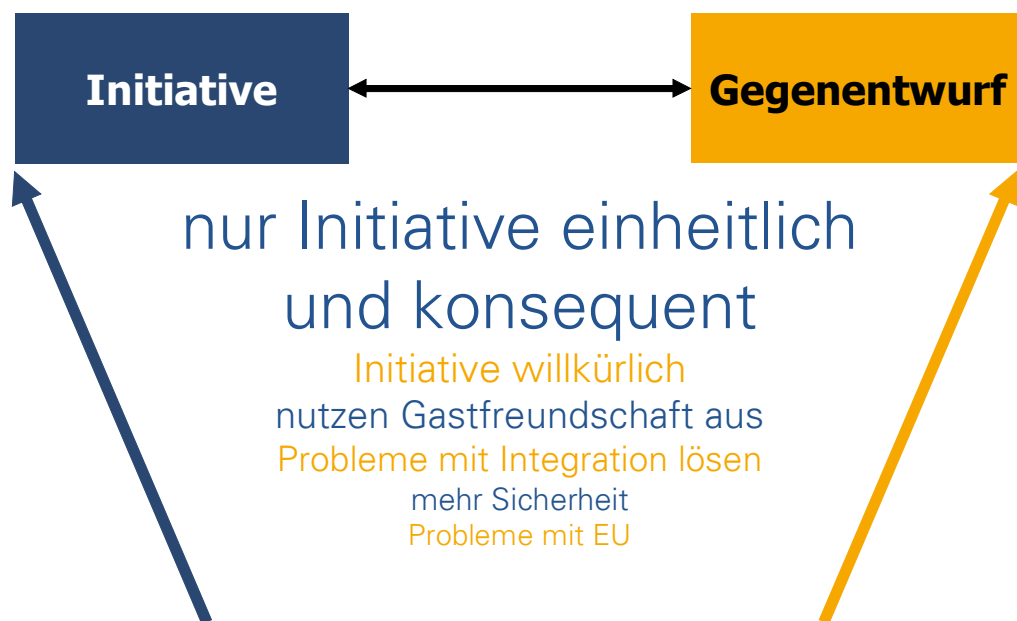
© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = 771), R<sup>2</sup> = .181

Für den Gegenentwurf spricht, die Problem mit präventiven Integrationsmassnahmen zu bekämpfen, klarere Kriterien als bei der Initiative zu haben und keine Probleme mit der EU zu bekommen. Interessanterweise spricht hier auch dafür, dass man sich etwas mehr Sicherheit verspricht, was ursprünglich ein reines Thema der Initiativseite war.

**Grafik 38:**

## Regressionsanalyse persönliche Stimmabsicht zur Stichfrage

Filter: Stimmberechtigte, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = 771), R<sup>2</sup> = .611

Bei der Stichfrage stehen sich die gleichen sechs Argumente gegenüber. Zentral ist aber die Frage, ob die Initiative konsequent oder willkürlich ist.

In keinem Fall entscheidungsrelevant sind die Einreisethematik und die Menschenrechtsfrage, weil der Konsens in diesen Themen zu hoch ist und bevölkerungsseitig bisher nicht klar wurde, was für die eine oder die andere Vorlage spricht.

**Tabelle 10:**

### Übersicht über die Ergebnisse des Argumentetests zur "Steuergerechtigkeits-Initiative"

| Argument                           | Verständlichkeit  | Zustimmung        | Wirkung Initiative | Wirkung Gegenentwurf | Wirkung Stichfrage      | Beurteilung   |
|------------------------------------|-------------------|-------------------|--------------------|----------------------|-------------------------|---|
| Einreisesperre                     | Gegeben           | Mehrheitlich      | Keine              | keine                | keine                   | Zu allgemein für Meinungsbildung  |
| Mehr Sicherheit                    | Gegeben           | Mehrheitlich      | Stark              | Stark                | Mittel (für Initiative) | Sehr wichtig, tendenziell von beiden Seiten besetzt                     |
| Konsequent Ausschaffen             | teilweise gegeben | Mehrheitlich      | Sehr stark         | Sehr stark           | Sehr stark              | Wichtigstes Argument der InitiantInnen                                  |
| Gastfreundschaft ausnutzen         | Gegeben           | Minderheitlich    | Mittel             | Keine                | mittel                  | Mittel der InitiantInnen  |
| Menschenrechts konform ausschaffen | Gegeben           | Mehrheitlich      | Keine              | Keine                | Keine                   | Zu allgemein für Meinungsbildung  |
| Probleme mit Integration lösen     | Gegeben           | Mehrheitlich      | Mittel             | Stark                | Mittel                  | Wichtigstes Argument für den Gegenentwurf                               |
| Probleme mit EU verhindern         | teilweise gegeben | Relative Mehrheit | Schwach            | Mittel               | Schwach                 | Beschränktes Mittel für den Gegenentwurf, nicht zwingend mehrheitsfähig |
| Willkür der Initiative verhindern  | Nicht gegeben     | Minderheitlich    | Mittel             | Mittel               | mittel                  | Mittel für den Gegenentwurf, nicht mehrheitsfähig                       |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 15. November 2010 (n=771)



Stärkste Waffe der InitiantInnen im Abstimmungskampf ist die Forderung nach einer konsequenten Behebung der Missstände. Bei ihren Widersachern ist die Integrationsforderung am wichtigsten.

### 3.4. Die "Steuergerechtigkeits-Initiative"

#### 3.4.1. Gegenwärtige Stimmabsichten

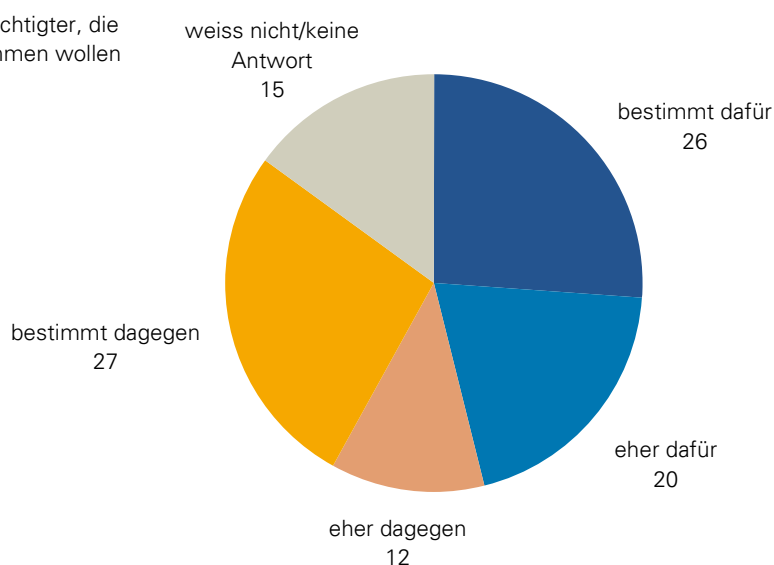
Wäre während der Befragungswoche zur zweiten Welle der SRG SSR-Erhebung über die Steuergerechtigkeits-Initiative entschieden worden, hätten sich 46 Prozent bestimmt oder eher dafür ausgesprochen und es wären 39 Prozent bestimmt oder eher dagegen gewesen. Ein leicht überdurchschnittlicher Anteil von 15 Prozent hätte zwar teilgenommen, wäre aber unentschieden geblieben.

Ein beträchtlicher Anteil von 20 Prozent will nur "eher" für die Initiative stimmen. Es ist also noch ein höherer Grad Unsicherheit im Meinungsbild, als beim Anteil Unentschiedener zum Ausdruck kommt. Bestimmt dafür sind 26 Prozent der Teilnehmewilligen.

Grafik 39:

#### Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010: "Steuergerechtigkeits-Initiative"

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Steuergerechtigkeits-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = 771)

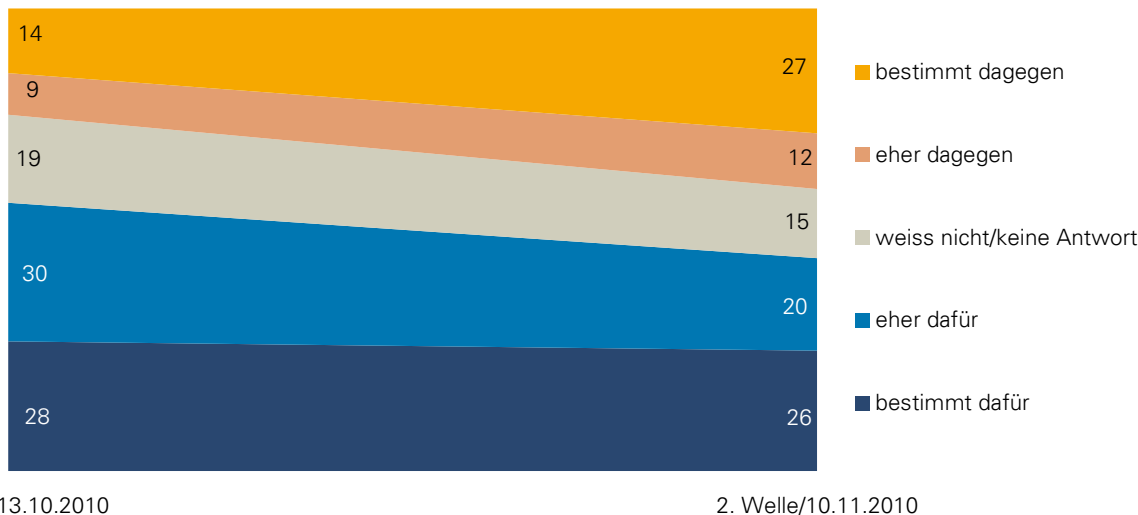
Der Trend der Meinungsbildung verläuft Richtung Nein. Unter den sicheren TeilnehmerInnen haben die Kategorien "bestimmt" und "eher" zugenommen. Verringert hat sich die tendenzielle Zustimmung, nicht aber der Anteil, der sicher dafür ist. Der Prozentsatz Unschlüssiger hat sich auch leicht zurückentwickelt.

Grafik 40:

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010: "Steurgerechtigkeits-Initiative"

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Steurgerechtigkeits-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

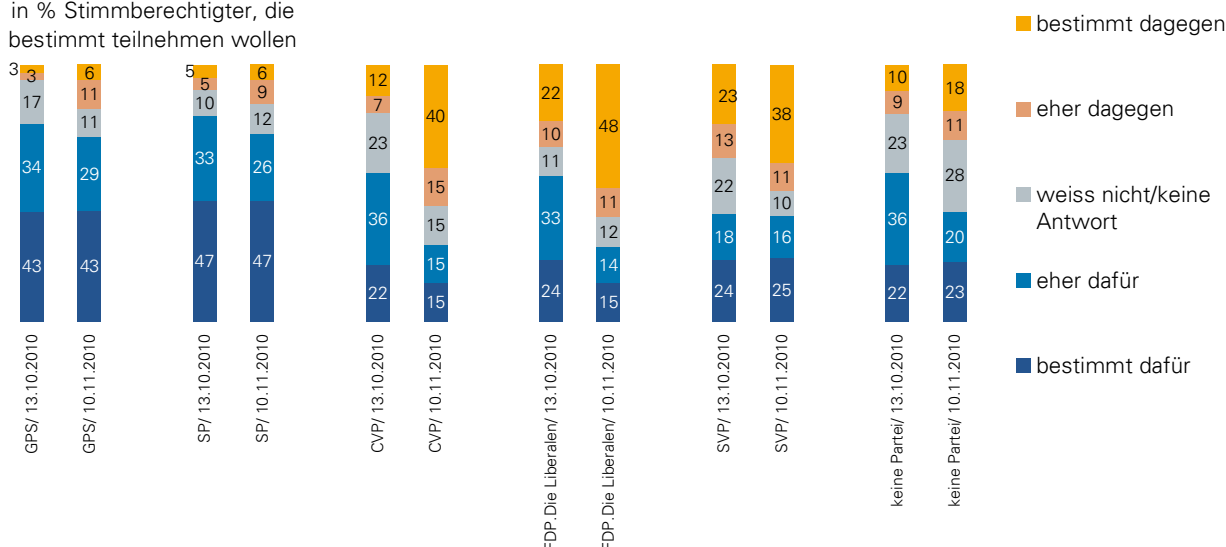
Die zentrale Konfliktlinie ergibt sich bei der Steurgerechtigkeitsinitiative aus der parteipolitischen Bindung. Die linken WählerInnen sind mehrheitlich dafür, ohne dass der Anteil im Abstimmungskampf hätte gesteigert werden können. Bei der SP würden aktuell 73 Prozent zustimmen, bei den Grünen 72 Prozent.

Grafik 41:

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Partei: "Steurgerechtigkeits-Initiative"

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Steurgerechtigkeits-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

Einen erheblichen Meinungsumschwung stellen wir bei FDP und CVP, beschränkt auch SVP fest. Die anfänglichen Mehrheiten dafür haben sich in Mehrheiten dagegen gewandelt. Bei der FDP sind jetzt 57 Prozent im Nein-Lager, bei der CVP sind es 55 Prozent. Nicht eindeutig sind die Verhältnisse an der Basis der SVP: 47 Prozent neigen zum Nein, 41 Prozent zu Ja. Der Trend ist aber auch hier beschränkt Richtung Nein.

Am schwierigsten einzustufen sind die parteipolitische Ungebundenen. Sie waren anfänglich mehrheitlich dafür, der Trend ist negativ. Damit gleichen sie aufaddiert am ehesten den Wählerinnen und Wähler der FDP und CVP, auch wenn die Verhältnisse etwas weniger eindeutig ist. Ihre Bewertung bleibt letztlich unsicher. Gut denkbar ist, dass es namentlich unterschiedlichen Reaktionen in den verschiedenen Landesteilen respektive Kantonen gibt.

**Tabelle 11:**

### Beurteilung der Parteiwählerschaften bei der "Steuergerechtigkeits-Initiative"

|                 | GPS             | SP              | Ungebundene     | CVP     | FDP     | SVP                |
|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|---------|---------|--------------------|
| <b>Mehrheit</b> | Dafür           | Dafür           | Dafür (relativ) | Dagegen | Dagegen | Dagegen (relativ)  |
| <b>Trend</b>    | Minimal negativ | Minimal negativ | Negativ         | Negativ | Negativ | Beschränkt negativ |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 15. November 2010 (n=771)

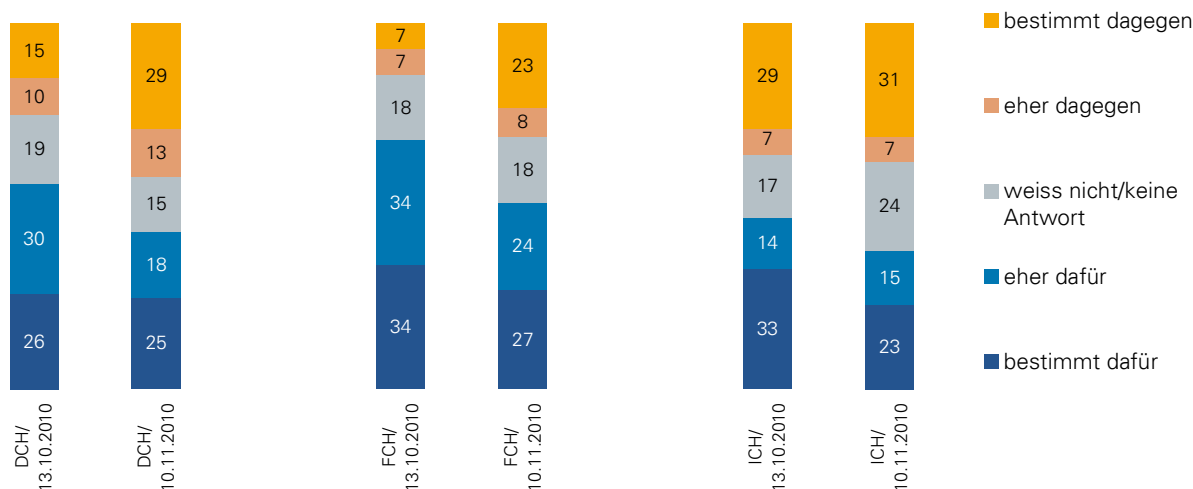
Im Zeitvergleich kann man festhalten: Die Sammlung Richtung Nein hat mit dem Abstimmungskampf eingesetzt und auch der Ja- Anteil hat sich zu verringern begonnen. Das ist genau so, wie im Dispositionsansatz angenommen und es aufgrund der Vergleichsabstimmung auch erwartbar gewesen ist.

**Grafik 42:**

### Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Sprachregion: "Steuergerechtigkeits-Initiative"

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Steuergerechtigkeits-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

Die hier vorgenommene Trendanalyse ist in allen Sprachregionen gleich. Allerdings waren die Ausgangspunkte sehr unterschiedlich. Das wirkt sich auch

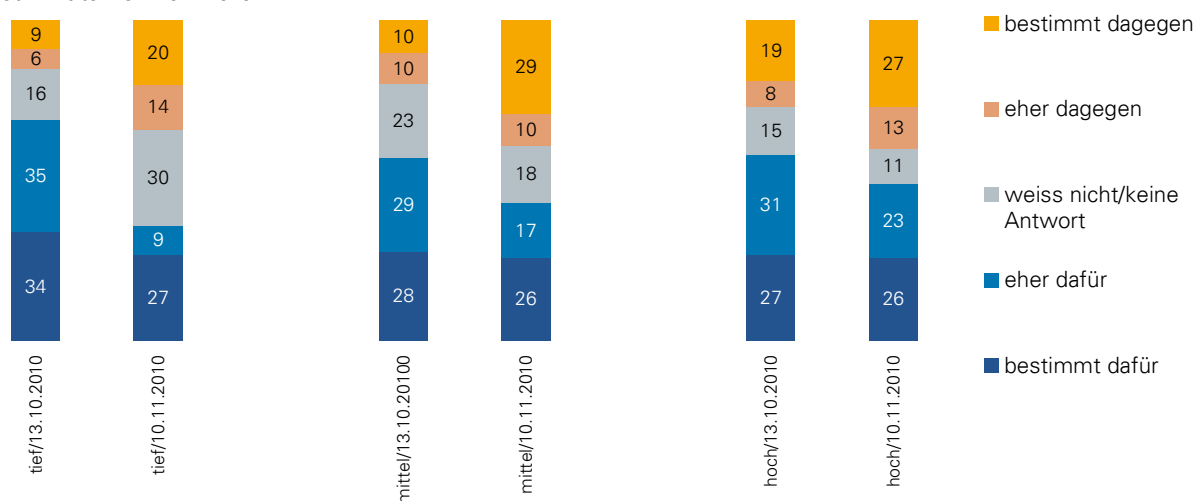
heute auf den Stand der Dinge aus. So ist die Zustimmungsbereitschaft in der Romandie unverändert höher als in der übrigen Schweiz. Es überwiegt unverändert eine Ja-Tendenz. In der italienischsprachigen Schweiz sind die Verhältnisse aktuell ausgeglichen und in der deutschsprachigen Schweiz findet ein Meinungsumschwung vom anfänglichen Ja zum gegenwärtig relativen Nein statt.

**Grafik 43:**

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Bildung: "Steuergerechtigkeits-Initiative"

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Steuergerechtigkeits-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

Höchst bemerkenswert sind die Änderungen entlang der sozialen Schicht. Die stärkste Verunsicherung hat bei den tiefsten Bildungsschichten stattgefunden. Die anfängliche Mehrheit ist hier rapide eingebrochen, ohne dass schon ein sicheres Nein resultieren würde. Denn Bejahung, Ablehnung und Unschlüssigkeit machen hier je einen Drittel aus.

Das findet sich in den übrigen Bildungsschichten nicht. Hier dominiert der allgemeinen Trend mit Verstärkung der Gegnerschaft und Abschwächung der Befürwortung.

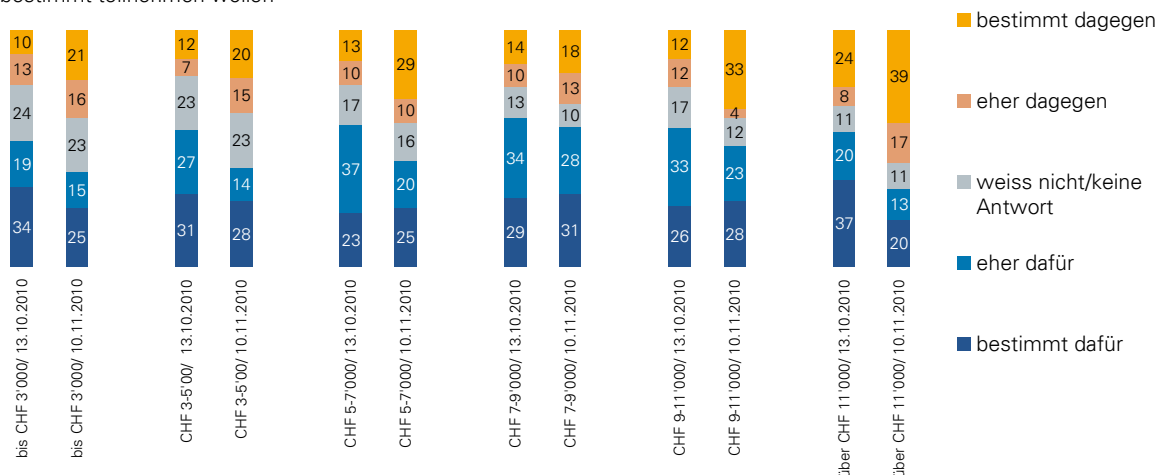
Nach Einkommensklassen lässt sich das noch etwas differenzieren: Die Ablehnungstendenz wächst überall. Die Zustimmung schwindet vor allem in der obersten Einkommensklasse. Sie ist aber auch in den unteren Gruppen zurückgegangen respektive tiefer als der Schnitt. Zum Ja neigen unverändert die mittleren Einkommensklassen.

**Grafik 44:**

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Haushaltseinkommen: "Steuergerechtigkeits-Initiative"

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Steuergerechtigkeits-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

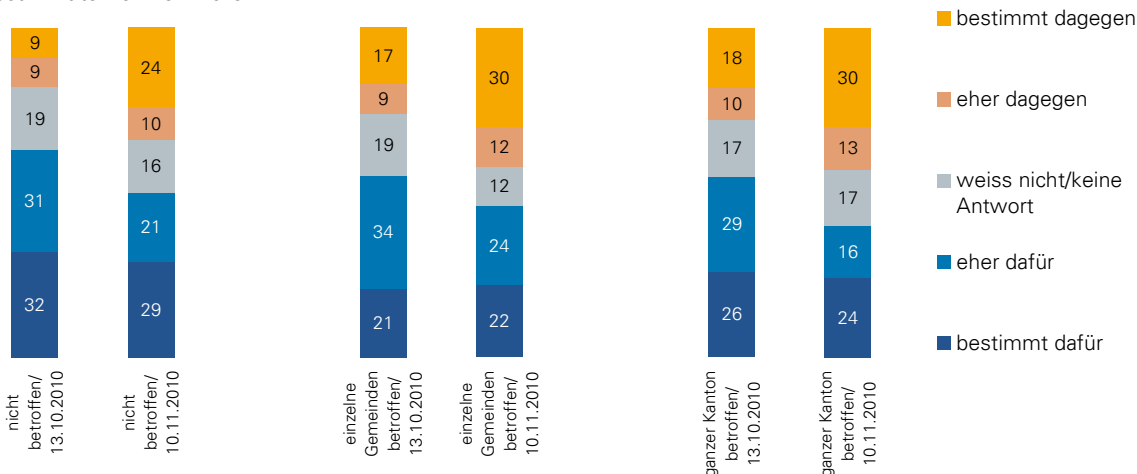
Das kann man nach Betroffenheiten in den Kantonen nochmals verdeutlichen: Je klarer die Einkommenssteuer eines Kantons von der Steuerinitiative betroffen ist, desto höher ist die Ablehnung respektive desto geringer ist die Zustimmung. Der zeitliche Trend geht allerdings überall in die gleiche Richtung. In Kantonen, die nicht betroffen sind, resultiert eine Mehrheit auf der Nein-Seite, in Kantonen mit voller oder teilweiser Betroffenheit überwiegt die Ablehnung relativ.

**Grafik 45:**

## Trend Filter Persönliche Stimmabsicht an Abstimmung vom 28. November 2010 nach Betroffenheit Vermögen durch Initiative: "Steuergerechtigkeits-Initiative"

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Steuergerechtigkeits-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = ca. 750)

### 3.4.2. Argumentetests

Populärstes Ja-Argument zur Steuergerechtigkeitsinitiative ist, dass letztlich nur die Multimillionäre profitieren würden. Damit kann sich eine Mehrheit einverstanden erklären. Ob es in der Schweiz sinnvoll wäre, überall gleich hohe Steuern zu haben, spaltet die stimmberechtigten Bevölkerung: 48 Prozent sagen hier Ja, 46 Prozent Nein. Geringer noch ist die Zustimmung zur Auffassung, der Steuerwettbewerb schade dem Zusammenhalt des Landes. 48 Prozent glauben das nicht, 42 Prozent schon. Im Zeitvergleich hat die Zustimmung zu allen getesteten Ja-Botschaften leicht abgenommen.

Grafik 46:

## Pro-Argumente zur "Steuergerechtigkeits-Initiative"

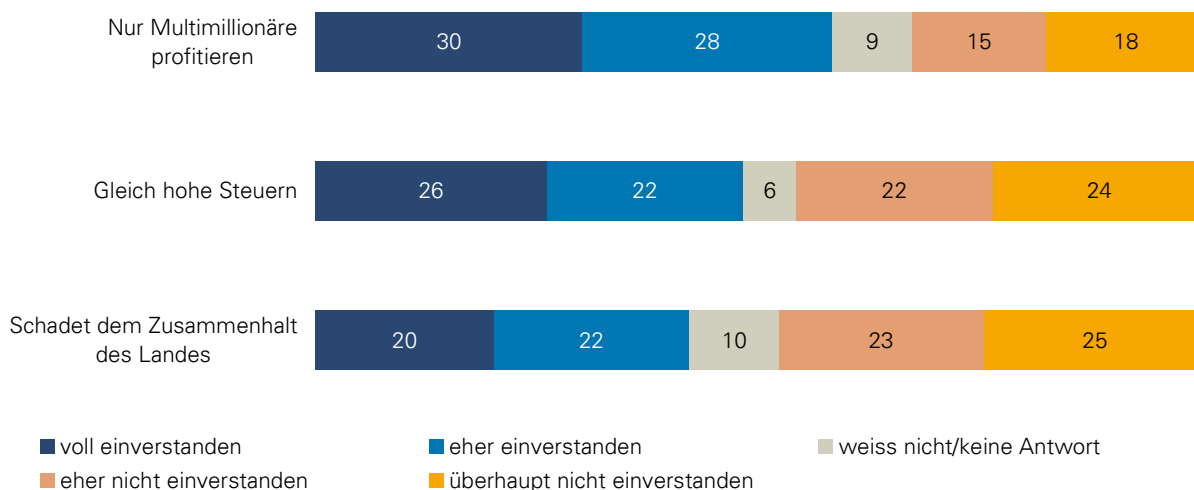
"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Steuergerechtigkeits-Initiative immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

**Nur Multimillionäre profitieren** "Vom Steuerwettbewerb in der Schweiz profitieren nur Multimillionäre auf Kosten aller anderen Steuerzahler."

**Gleich hohe Steuern** "Die Steuern sollten in allen Kantonen und Gemeinden gleich hoch sein."

**Schadet dem Zusammenhalt des Landes** "Der Steuerwettbewerb schadet dem Zusammenhalt des Landes."

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = 1207)

Auf der Nein-Seite gibt es zwei mehrheitsfähige Argumente: die Botschaft zum Föderalismus und die Folgen für den Mittelstand. 62 Prozent finden, man solle die Steuern in jedem Kanton und in jeder Gemeinde selber bestimmen können. Gleich viele sind es, die denken, dass der Mittelstand die Zeche bezahlt, wenn die besten Steuerzahler abwandern. Unklar sind die Mehrheitsverhältnisse bei der Aussage, alle Steuerzahler seien betroffen. 44 Prozent stimmen dem zu, 40 Prozent lehnen es ab. Der Trend ist hier vor allem beim Föderalismus-Argument vorteilhaft.

Grafik 47:

## Contra-Argumente zur "Steuergerechtigkeits-Initiative"

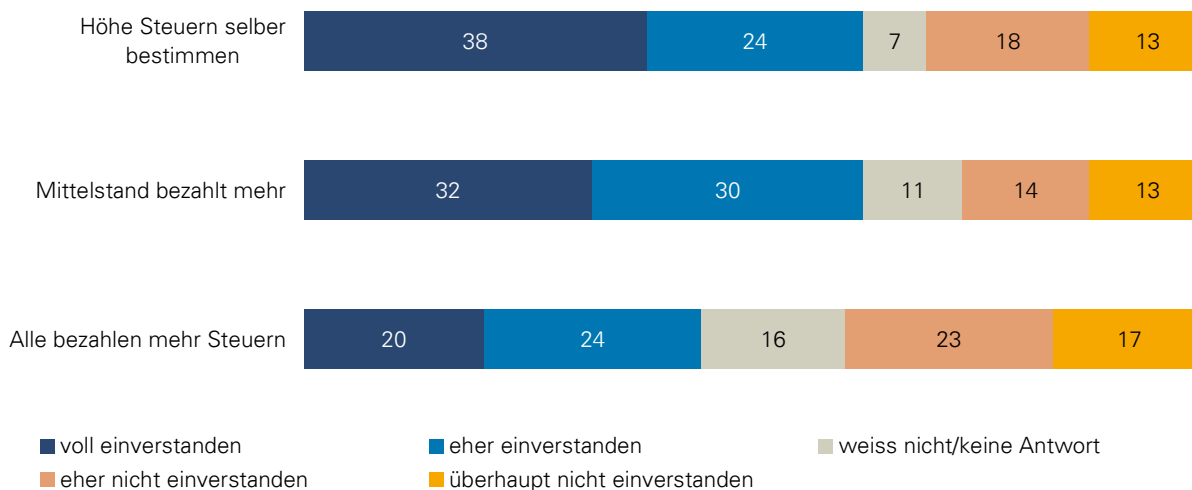
"Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Steuergerechtigkeits-Initiative immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

**Höhe Steuern selber bestimmen** "Jeder Kanton und jede Gemeinde soll auch weiterhin die Höhe der Steuern selber bestimmen können."

**Mittelstand bezahlt mehr** "Wenn die guten Steuerzahler abwandern, bezahlt der Mittelstand mehr."

**Alle bezahlen mehr Steuern** "Wenn man die steuerliche Konkurrenz der Kantone ausschaltet, bezahlen am Schluss alle mehr Steuern."

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (N = 1207)

Die Wirkungsanalyse der Argumente zeigt zuerst, dass die argumentebezogenen Entscheidungen zugenommen haben. Das spricht dafür, dass die spontanen Entscheidungen zu Beginn des Abstimmungskampfes heute deutlicher den Inhalten der Kampagnen folgen. Auf der Ja-Seite ist namentlich die Wirkung der Abzocker-Botschaft stärker geworden. Sie steht nun an erster Stelle. Programmatisch am stärksten ist die linke Forderung, nach der Vereinheitlichung der Steuersätze. Sie wirkt klar mehr als die Klage über den schwindenden Zusammenhalt des Landes.

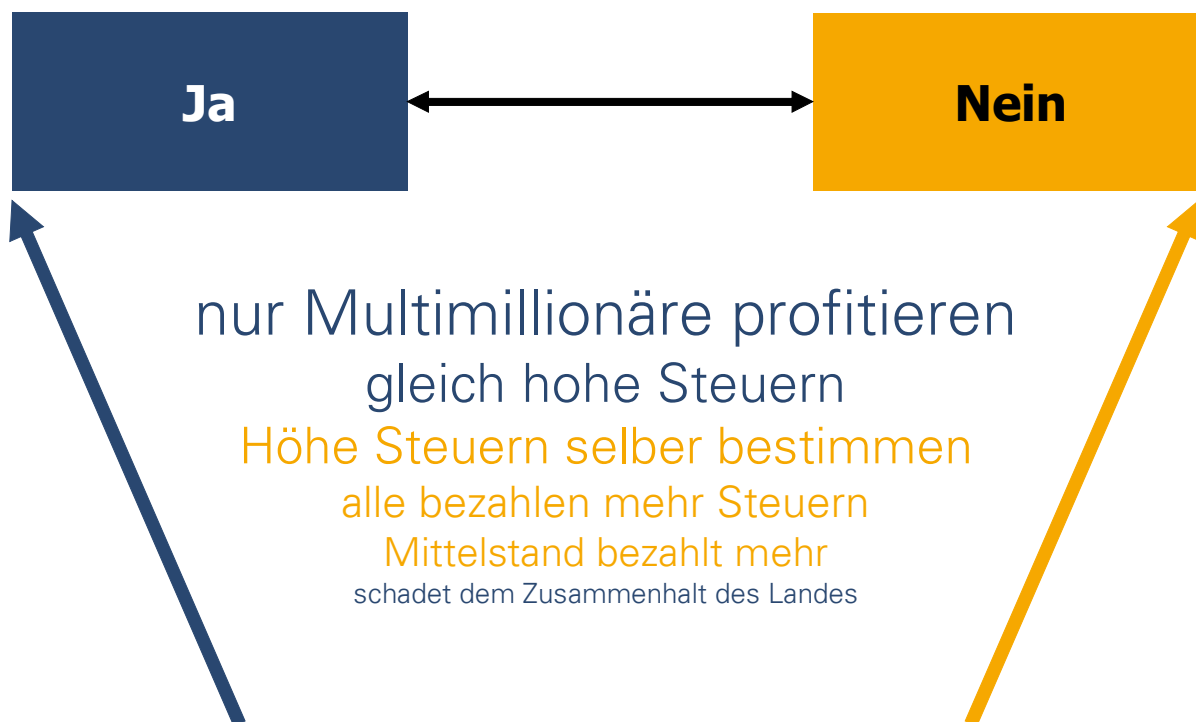
Auf der Ja-Seite ist zwischenzeitlich das Föderalismus-Argument am wichtigsten. Gehalten haben sich im Wesentlichen die Einflüsse aus den anderen Argumenten.

Mit anderen Worten: Die Ja-Seite kann vor allem mit dem Protest punkten, die Nein-Seite gewinnt jedoch das Terrain in der Steuerwettbewerbsfrage zurück, das ihr anfänglich entgangen war.

Wenn wir in der Romandie unverändert andere Verhältnisse vorfinden, hat dies damit zu tun, dass man sich hier vor allem den Ausgleich zwischen den Steuerhältnissen in den Kantonen wünscht, das Föderalismusargument bisher kaum Wirkung entwickelt und auch die allgemeinen Betroffenheit wirklich sichtbar gemacht werden konnten.

## Regressionsanalyse persönliche Stimmabsicht zur "Steuergerechtigkeits-Initiative"

Filter: Stimmberechtigte, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 13.11.2010 (n = 771), R<sup>2</sup> = .451

Lesebeispiel: Erklärungsfaktoren, die besser helfen, die Stimmabsicht korrekt vorauszusagen, sind mit grösserer Schrift aufgeführt. Erklärungsfaktoren, die in der multivariaten Regressionsanalyse keinen signifikanten Eigenwert haben, sind nicht aufgeführt. Erklärungsfaktoren, die das Ja begründen sind, blau, jene für das Nein sind gelb eingefärbt. Der wirksamste Erklärungsfaktor ist ganz oben aufgeführt.

Die Gesamtbeurteilung der gestesteten Kampagnenargumente kommt damit zu folgendem Schluss: Die Entscheidung spielt sich zwischen der Diskussion um Privilegien für Reiche und dem Steuerföderalismus ab. Die Befürworter können zudem mit der Gleichheit ihr Lager ansprechen, die Gegner mit den Folgen der Abwanderung Reicher, namentlich für den Mittelstand.

**Tabelle 12:**

### Übersicht über die Ergebnisse des Argumentetests zur "Steuergerechtigkeits-Initiative"

| Argument                            | Verständlichkeit   | Zustimmung           | Wirkung    | Beurteilung                  |
|-------------------------------------|--------------------|----------------------|------------|------------------------------|
| Nur Multimillionäre profitieren     | Gegeben            | Mehrheitlich         | Sehr stark | Wichtigstes Ja-Argument      |
| Gleich hohe Steuern                 | Gegeben            | Relativ Mehrheitlich | Stark      | Wichtig für Ja-Zielgruppen   |
| Schadet dem Zusammenhalt des Landes | Gegeben            | Minderheitlich       | Schwach    | Unwichtig                    |
| Höhe der Steuern selber bestimmen   | Gegeben            | Mehrheitlich         | Stark      | Wichtigstes Nein-Argument    |
| Mittelstand bezahlt mehr            | Beschränkt gegeben | Mehrheitlich         | Mittel     | Wichtiges Nein-Argument      |
| Alle bezahlen mehr Steuern          | Beschränkt gegeben | Relativ Mehrheitlich | Mittel     | Wichtig für Nein-Zielgruppen |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, 08. – 15. November 2010 (n=771)



# 4. Synthese

Am 28. November 2010 wird über drei Vorlagen in Form von Volksabstimmungen entschieden: die Steuergerechtigkeitsinitiative der SP, die Ausschaffungsinitiative für kriminelle AusländerInnen der SVP und den Gegenentwurf des Parlamentes hierzu. Sollten die beiden Letzteren gleichzeitig angenommen werden, kommt die vierte Abstimmungsfrage, die Stichfrage zur Ausschaffungsthematik zum Zug.

**Tabelle 13:**

## Gegenwärtiger Stand der Stimmabsichten und Meinungsbildung (1)

| Indikatoren  | Steuergerechtigkeits-Initiative   | Ausschaffungs-Initiative   | Gegenentwurf Ausschaffungs-Initiative  |
|--|---|--|--|
| Feste Teilnahmeabsichten   | 46% der Stimmberechtigten   | 3% der Teilnahme-willigen (+3%-Punkte)   |  |
| Beschränkte Teilnahmeabsichten   |   | 31% der Stimmberechtigten (-2%-punkte)   |  |
| <b>Grad der Mobilisierung</b>  | Mittel mit beträchtlichem Zusatzpotenzial vor allem via Ausschaffungs-Initiative  |  |  |
| Ohne Stimmabsichten (bei fester Teilnahmeabsicht) mit tendenziellen Stimmabsichten | 15% der Teilnahme-willigen (-4%-Punkte)<br>32% der Teilnahme-willigen (-7%-Punkte)<br>53% der Teilnahme-willigen (+11%-Punkte)                            | 3% der Teilnahme-willigen (-3%-Punkte)<br>21% der Teilnahme-willigen (-13%-Punkte)<br>76% der Teilnahme-willigen (+16%-Punkte) | 8% der Teilnahme-willigen (-2%-Punkte)<br>34% der Teilnahme-willigen (-10%-Punkte)<br>58% der Teilnahme-willigen (+12%-Punkte) |
| <b>Grad der Prädisponierung</b>  | Mittel, das heisst immer noch veränderlich  | Hoch, das heisst nur noch beschränkt Veränderung   | Mittel das heisst immer noch veränderlich  |
| <b>Potenzial Zusatzmobilisierung</b>   | Neutral, verunsichernd  | Pro Ausschaffungs-Initiative   | Kontra Gegenentwurf  |
| bestimmt und eher dafür  | 46% der Teilnahme-willigen (-12%-Punkte)  | 54% der Teilnahme-willigen (-4%-Punkte)  | 43% der Teilnahme-willigen (+2%-Punkte)  |
| bestimmt und eher dagegen  | 39% der Teilnahme-willigen (+16%-Punkte)  | 43% der Teilnahme-willigen (+7%-Punkte)  | 49% der Teilnahme-willigen (unverändert)   |
| <b>Richtung der Prädisponierung</b>  | relative Mehrheit dafür   | absolute Mehrheit dafür  | relative Mehrheit dagegen  |
| <b>Trend Richtung Prädisponierung</b>  | Negativ   | Leicht negativ   | stabil   |
| <b>Konfliktmuster</b>  |   |  |  |
| <b>Signifikante Merkmale</b>   | Parteibindung<br>Regierungsvertrauen (schwach)<br>Haushaltseinkommen<br>Schulbildung<br>Sprachregion (schwach)<br>Alter (schwach)<br>Geschlecht (schwach) | Parteibindung<br>Regierungsvertrauen<br>Haushaltseinkommen<br>Schulbildung<br>Alter (schwach)<br>Geschlecht (schwach)          | Parteibindung<br>Regierungsvertrauen<br>Haushaltseinkommen<br>Schulbildung<br>Alter (schwach)<br>Geschlecht (schwach)          |
| <b>nicht signifikant</b>   | Siedlungsart  | Siedlungsart<br>Sprachregion   | Siedlungsart<br>Sprachregion   |
| <b>Typologisch</b>   | links/rechts  | links/rechts   | links/rechts, dreigeteilt: Mitte vs. Pole  |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, November 2010

**Tabelle 14:**

## Gegenwärtiger Stand der Stimmabsichten und Meinungsbildung (2)

|                                       |  |   |   |
|---------------------------------------|--|---|---|
| <b>mehrheitsfähige Argumente</b>      |  |   |   |
| <b>Total</b>                          |  |   |   |
| <b>Pro</b>                            | Nur Multimillionäre profitieren  | Einreisesperre<br>mehr Sicherheit<br>nur Initiative einheitlich und konsequent              | Rückschaffungen menschenrechtskonform                                       |
| <b>Kontra</b>                         | Höhe Steuern selber bestimmen<br>Mittelstand bezahlt mehr                                  | Probleme mit Integration lösen  |   |
| <b>bisher wirksame Argumente</b>      |  |   |   |
| <b>Pro</b>                            | Nur Multimillionäre profitieren<br>gleich hohe Steuern schadet dem Zusammenhalt des Landes | nur Initiative einheitlich und konsequent<br>mehr Sicherheit<br>nutzen Gastfreundschaft aus | Probleme mit Integration lösen<br>mehr Sicherheit<br>Initiative willkürlich |
| <b>Kontra</b>                         | Höhe Steuern selber bestimmen<br>Mittelstand bezahlt mehr<br>alle bezahlen mehr Steuern    | Initiative willkürlich<br>Probleme mit Integration lösen<br>Probleme mit EU                 | Probleme mit EU<br>nur Initiative einheitlich und konsequent                |
| <b>Erwartete Schlusspolarisierung</b> | Abzocker vs. Wettbewerbsvorteile   | Konsequenz vs. Willkür  | Konsequenz vs. Willkür  |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, November 2010

Mit der zweiten von zwei Befragungen des Forschungsinstituts gfs.bern für die Medien der SRG SSR zu den anstehenden Volksabstimmungen kann die generelle und vorlagenspezifische Meinungsbildung genauer analysiert werden. Es ergeben sich einerseits Trends, andererseits auch aktualisierte Verhältnisse, die den ersten Einflüssen der Kampagneneffekte Rechnung tragen. Die wichtigste verbleibende Unsicherheit ist zwischenzeitlich die effektive Mobilisierung, welche die gemessenen Verhältnisse bei den sicheren TeilnehmerInnen namentlich in der Ausschaffungsfrage noch verschieben kann. Diese seien in der Folge aufgrund der Arbeitshypothesen formuliert, welche aufgrund des Dispositionsansatzes einerseits, der Resultate der ersten Befragungswelle formuliert worden waren.

**Tabelle 15:**

## Übersicht Volksmehr und Mobilisierung

|                                       | <b>Ausschaffungsinitiative</b> | <b>Gegenentwurf</b>                | <b>Steuerinitiative</b> |
|---------------------------------------|--------------------------------|------------------------------------|-------------------------|
| <b>Stand Volksmehr</b>                | Mehrheit dafür                 | Relative Mehrheit dagegen          | Relative Mehrheit dafür |
| <b>Vorläufiger Trend</b>              | Leicht negativ                 | Stabil                             | Negativ                 |
| <b>Denkbare Mobilisierungseffekte</b> | Eher zugunsten der Initiative  | Eher zuungunsten des Gegenentwurfs | Neutral                 |
| <b>Denkbare Taktikeffekte</b>         | Keine                          | Zustimmung vom 2 x Nein Lager      | keine                   |
| <b>Ausgang</b>                        | Ja gut möglich                 | Eher Nein                          | Offen, eher Nein        |

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 28. November 2010 im Trend, 2. Welle, November 2010

Die Hypothese zur Ausschaffungsthematik lautete:

Die Volksinitiative ist in der Ausgangslage mehrheitsfähig, weil die Kriminalität bestimmter Ausländergruppen in breiten Bevölkerungsschichten problematisiert worden ist. Das Thema ist damit eindeutig gesetzt – bis ins Parlament hinein.

Der Lösungsansatz der InitiantInnen war allerdings gerade im Parlament umstritten, sodass es zu einem Gegenentwurf kam, der Ziele der Initiative aufnahm, sie aber mit anderen Mitteln verfolgen will.

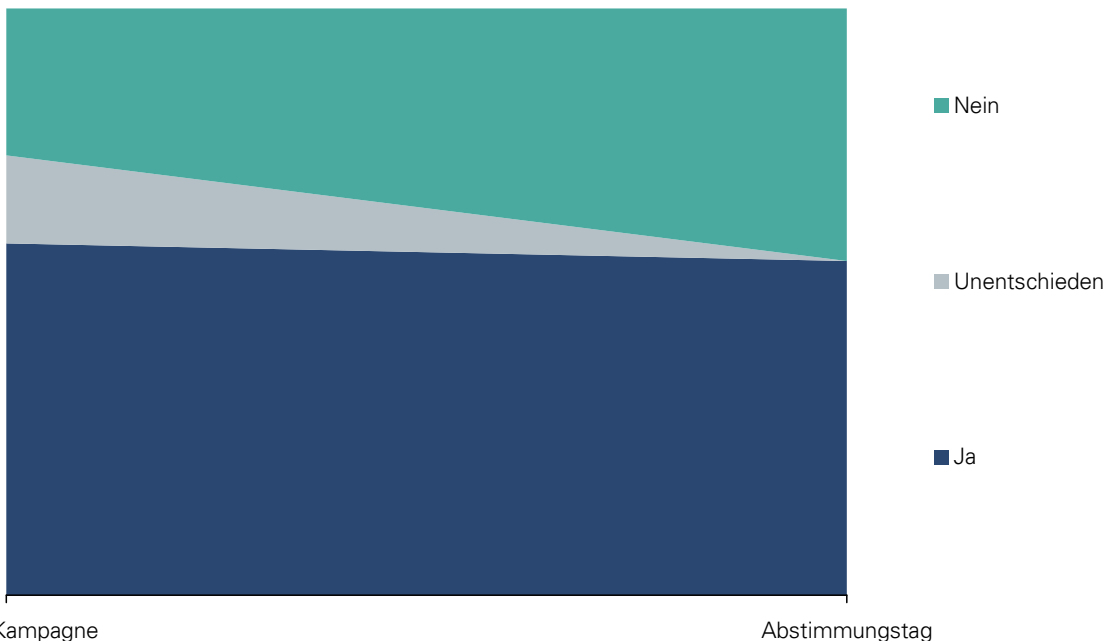
An sich gelten die gleichen Vorgaben, wie sie bei Initiativen mit Gegenentwurf üblich sind, doch ist wenig Gesichertes über die Interaktion zwischen den Meinungsbildungsprozessen zu beiden Entscheidungen bekannt. Das gilt auch für die Stichfrage, denn es liegen zu wenig Beispiele vor, anhand derer wir das nachvollziehen können.

Was nun resultiert aus der Befragung? Die Annahme der Ausschaffungsinitiative ist gut möglich. Dafür sprechen die Stimmabsichten beim Volksmehr und die denkbaren Auswirkungen der Schlussmobilisierung. Relativiert wird dies durch den leichten Nein-Trend in den Stimmabsichten. Verunsichernd wirkt, dass es gleichzeitig zu einer Entscheidung über den Gegenentwurf kommt.

**Grafik 49:**

## Potentielle Mehrheitsinitiative ohne Opposition gegenüber der Problemlösung oder Dominanz der Problemlage

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



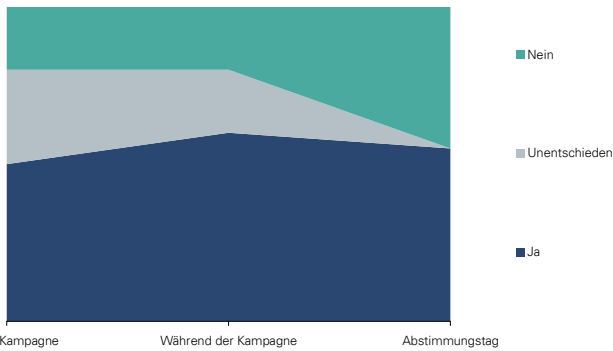
© gfs.bern, Campaigning

Die zentrale Botschaft der Initianten in diesem Abstimmungskampf ist, kriminellen AusländerInnen mit der Ausschaffung unmissverständlich den "den Tarif zu erklären". Dabei können sich die Initianten auf Gefühle der Unsicherheit in der Bevölkerung stützen, beschränkt auch auf generell fremdenfeindliche Haltungen. Die Zustimmung ist namentlich in der Basis der SVP fast einhellig und sie finden besondere bei parteipolitisch ungebundenen BürgerInnen eine wichtige Unterstützung. Etwas Zuspruch finden die InitiantInnen zudem an der Basis der bürgerlichen Zentrumsparteien. All dies wird verstärkt, wenn es sich um Menschen aus den unteren Bildungsschichten und/oder mit Misstrauen gegenüber den Behörden handelt, namentlich in der italienisch- oder deutschsprachigen Schweiz.

## Grafik 50:

### Labil vorbestimmte Behördenvorlage mit offensiver Ja-Kommunikation

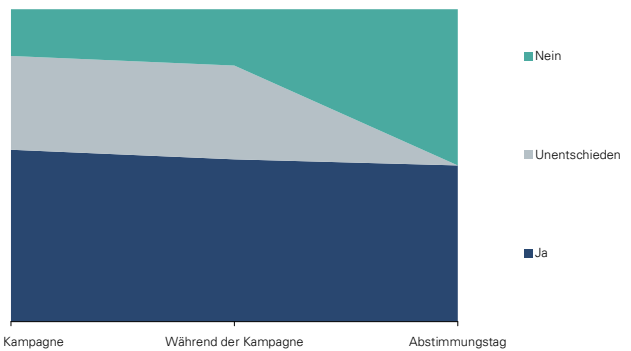
in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



© gfs.bern, Campaigning

### Labil vorbestimmte Behördenvorlage mit defensiver Ja-Kommunikation

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



© gfs.bern, Campaigning

Weniger gut unterwegs ist der Gegenentwurf der Behörden. Insgesamt sind die Stimmabsichten stabil. Dabei neutralisieren sich zwei gegenläufige Trends des Abstimmungskampfes. Auf der einen Seite ist die Zustimmung in FDP-, sehr beschränkt auch in CVP-Kreisen gestiegen. Dafür ist der Sukkurs links gesunken, wenn auch immer noch knapp mehrheitlich. Er ist bei Regierungstrauen grösser und auch in den oberen Bildungsschichten findet man etwas mehr Zustimmung. Argumentativ wird dies namentlich durch das Einverständnis zu Integrationsmassnahmen gestützt. Im Abstimmungskampf konnten auch die Sicherheitsbedürfnisse der BürgerInnen beschränkt zugunsten der Vorlage mobilisiert werden. Zudem bestehen Ängste, bei einer Annahme der Initiative Probleme mit der EU zu bekommen. Schliesslich gilt, dass man die Initiative vor allem wegen des Delikt-katalogs ablehnt. Nicht gelungen ist es aber, die Menschenrechtsfrage zugunsten des Gegenentwurfs und gegen die Initiative zu mobilisieren.

Wenn gewisse Zweifel am Abstimmungsausgang bestehen, hat dies mit drei Effekten zu tun: der Schlussmobilisierung, welche eher der Initiative nützen würde, der Abstimmungstaktik, die bei der Stichfrage, aber auch beim Gegenentwurf zum Zug kommen kann, und dem Ständemehr, das mit den vorliegenden Daten nicht hinreichend genau analysiert werden kann.

Auch deshalb sind alle Aussagen zur Stichfrage recht hypothetisch. Aktuell käme sie eher nicht zum Zug. Wenn dies der Fall wäre, brächte es bei dem Gegenentwurf eine Verschiebung von 5 bis 10 Prozent in Richtung Ja. Unter dieser Bedingung würden sich auch die Werte bei der Stichfrage ändern und zwar in die gleiche Richtung.

Die Szenarien der Meinungsbildung bei Initiative und Gegenentwurf nach dem geltenden Verfahren sind bisher kaum untersucht worden. Das hat auch damit zu tun, dass es hierfür erst zwei Fallbeispiele aus den letzten zehn Jahren gibt. Sowohl bei der Solarinitiative/Energielenkungsabgabe (2000) als auch bei der Goldinitiativen und der Solidaritätsstiftung als Gegenentwurf resultieren sowohl bei den Initiativen wie den Gegenvorschlägen je ein Nein. Das heisst, in der Situation mit Volksbegehren und einem formellem behördlichem Gegenentwurf kann keines der Projekte automatisch mit Erfolg rechnen. Im aktuellen Fall können wir davon abweichend festhalten, dass die Ausschaffungsinitiative populärer erscheint, als es die Solarinitiative, aber auch die Goldinitiative zugunsten der AHV war.

Nicht ausgeschlossen werden kann, dass es kurz vor Schluss noch zu taktischen Schwenkern kommt. Insbesondere ist im linken Lager umstritten, ob man 2 mal Nein stimmen soll, wie es die Parolen der SP und der Grünen nahe legen, oder ob man dem Gegenvorschlag zustimmen soll, damit es zur Stichfrage kommt.

Die Steuergerechtigkeitsinitiative ist in der Ausgangslage mehrheitsfähig, weil Steuerprivilegien für Reiche in breiten Bevölkerungsschichten problematisch geworden sind. Sie polarisieren zwischen den Kantonen mit verschiedenartiger Praxis und betreffen damit den nationalen Zusammenhalt.

Der Lösungsansatz der Initiative trifft die Steuerhoheit der Kantone in Einkommens- und Vermögensfragen. Das kratzt am Spielraum des föderalistischen Steuerwettbewerbs. Zudem können weitere Teile der Steuerpflichtigen direkt betroffen werden, sollten die Steuerleistungen der Reichen zurückgehen.

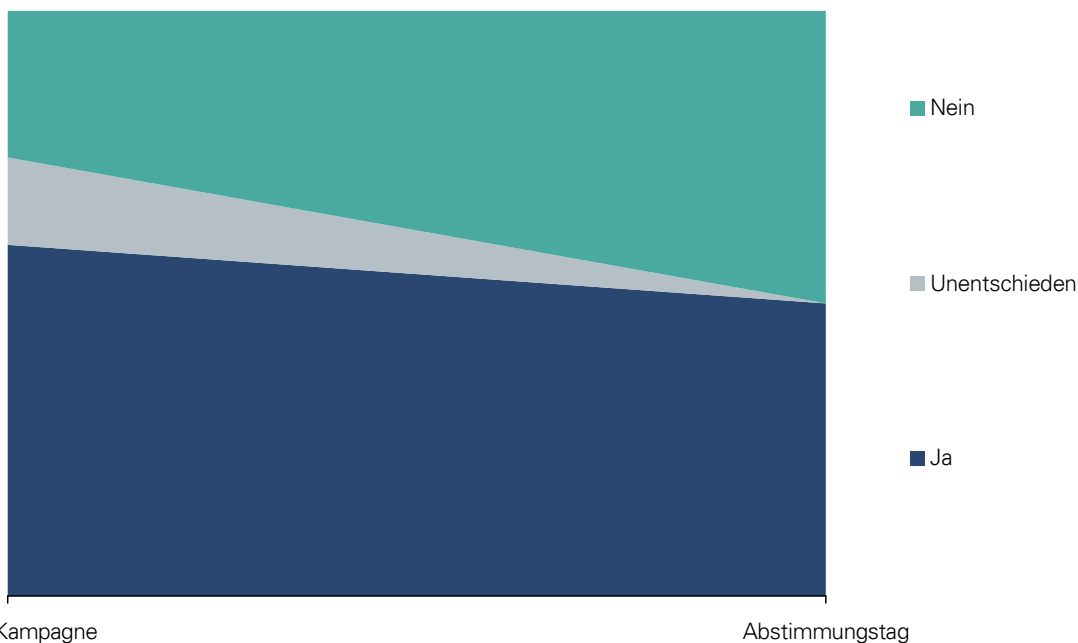
Die Meinungsbildung zur Vorlage ist wie bei Volks-initiativen üblich ambivalent, mit der Tendenz zu Beginn positiv zu sein, je länger die Diskussion dauert dürfte es aber zu einer Problematisierung kommen. Es soll aber mit den zwei üblichen Szenarien gearbeitet werden, wobei der Meinungswandel die Referenz ist, die Meinungskonstanz aber mitverfolgt wird.

Was nun sind die empirischen Befunde? – Die Initiative wurde von der SP lanciert, war eher moderat formuliert und fand in der Ausgangslage zwar nicht im Parlament, dafür aber in der stimmberechtigten Bevölkerung Sympathien.

#### Grafik 51:

### Potentielle Mehrheitsinitiative mit Opposition gegenüber der Problemlösung

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



© gfs.bern, Campaigning

Das hat sich zwischenzeitlich verändert. Der föderalistische Steuerwettbewerb einerseits und die zu erwartenden finanziellen Folgen beim Wegzug von Reichen andererseits haben zuerst in den betroffenen Kantonen, dann aber auch darüber hinaus einen Meinungswandel eingeleitet. Dieser ist noch in vollem Gang, weshalb es schwer zu sagen ist, wie weit er die Gegnerschaft tragen wird. Immerhin kann man eindeutig feststellen, dass sich die Verhältnisse während der Kampagne verändert haben. Geblieben ist das Abzocker-Motiv, verringert hat sich aber die Wirkung der Botschaft zu einheitlichen Steuersätzen. Dafür sind Ängste aufgekommen, auch als Nicht-Reiche betroffen sein zu können.

Die Befürworter profitieren von den Stimmen der Linken, verstärkt durch jene der Parteiungebundenen. In der Romandie sind sie unverändert mehrheitsfähig, was auch für gewisse bürgerlichen Stimmen spricht. Sukkurs haben sie nicht bei den oberen, aber mittleren Bildungsschichten. Demgegenüber sammelt sich das Nein im ganzen bürgerlichen Lager, wo sich die Reihen offensichtlich auf der ablehnenden Seite schliessen, nicht oder noch nicht bei den ungebundenen, wo die negative Stimmungslage unverändert über die Wettbewerbsvorteile siegt. Die Angst-Kampagnen zeigen zudem in den unteren Bildungs- und Einkommensschichten Wirkungen. Sie haben ihre anfängliche Zustimmungsbereitschaft zugunsten einer unsicheren oder negativen Position eingetauscht.

Der Ausgang ist aufgrund des Standes der Meinungsbildung offen. Berücksichtigt man zudem die Trends in der Meinungsbildung könnten die GegnerInnen am Schluss im Vorteil liegen. Unsicher ist auch hier das Ständemehr und verunsichern wirkt auch, wenn die Schlussmobilisierung über die Ausschaffungsinitiative mehr Leute als momentan absehbar zur Urne bringen sollte.

Damit sind wir am Schluss dieser Untersuchungsreihe. Ein genereller Gedanke sei angeführt: Bei der Ausschaffungsinitiative wurden in den Befragungen Stimmabsichten wie selten bekundet. Nur drei Prozent Teilnahmewillige ohne Stimmabsichten sind eine Rarität in Bevölkerungsbefragungen zu Sachabstimmungen. Auch die Zahl Unentschiedener beim Gegenentwurf ist unterdurchschnittlich. Im Mittel ist einzig der Wert Unschlüssiger bei der Steuergerechtigkeitsinitiative. Bei dieser sind die 15 Prozent entscheidend, beim Gegenentwurf sind die 8 Prozent vielleicht massgeblich, bei der Ausschaffungsinitiative nicht.

Viel wichtiger ist nämlich, wer die vorhandenen und messbaren Potenziale wie gut mobilisiert. Das zeigt sich, dass dies über das bisher bekannte Mass hinaus von Bedeutung ist. Denn jene, die nicht sicher sind, aber möglicherweise am 28. November 2010 über die Sachfragen mitentscheiden wollen, sind klar von der Ausschaffungsfrage eingenommen und eindeutig auf der Seite der Initiative. Das könnte deren Score bei entsprechender Mobilisierung verbessern, jenen des Gegenentwurfs verringern, während die Auswirkungen auf die Steuergerechtigkeitsfrage wohl neutral wären.

Ob das passiert oder nicht, kann man nicht mit Umfragen prognostizieren, sondern nur mit aufmerksamer Beobachtung der Schlussmobilisierung ergründen und beschreiben.

## 4.1. Thesen

### These 1

Nach der Hauptphase des Abstimmungskampfes kennt die Ausschaffungsinitiative eine numerische Mehrheit dafür, während beim Gegenentwurf und bei der Steuerinitiative jeweils keine Seite eine absolute Mehrheit hinter sich hat.

### These 2

Die Mobilisierung ist im Moment leicht über dem Mittel, könnte vor allem über die Ausschaffungsinitiative aber noch zunehmen, dieser helfen und dem Gegenentwurf schaden.

### These 3

Die zentrale Konfliktachse bis jetzt ist in allen drei Fällen die Links-Rechts-Polarisierung. Die Ausschaffungsinitiative polarisiert von rechts, die Steuergerechtigkeitsinitiative von links, während beim Gegenentwurf eher eine Dreiteilung vorherrscht. Beim Gegenentwurf gibt es einen latenten Elite-Basis-Konflikt auf linker Seite.

### These 4

Schwer einschätzbar ist die Stichfrage. Unter den gegebenen Verhältnissen haben die Initianten einen Vorteil. Zur Stichfrage kommt es aber nur, wenn beide Vorlagen durchkommen, wofür sich die Verhältnisse ändern müssen.

### These 5

Bei der Ausschaffungsfrage stehen ein konsequentes Handeln und Sicherheit der BürgerInnen im Vordergrund, beim Gegenentwurf der Wunsch nach präventiver Konfliktlösung durch Integrationsmassnahmen. Beim Gegenentwurf ist es genau umgekehrt. Bei der Stichfrage geht es höchstwahrscheinlich um die Polarität zwischen Konsequenz und Willkür.

### These 6

Bei der Steuerinitiative stehen sich die Abschaffung von Privilegien und Einheitlichkeit der Steuersätze einerseits, der Steuerföderalismus und die Angst von Belastungen für den Mittelstand andererseits gegenüber. Privilegien und Wettbewerbsvorteile sind während der Kampagne wichtiger geworden.

### These 7

Aussagen zum Ständemehr sind in allen Fällen direkt nicht möglich.

# 5. Anhang

## 5.1. gfs.bern-Team



CLAUDE LONGCHAMP

Verwaltungsratspräsident und Vorsitzender der Geschäftsleitung gfs.bern, Verwaltungsrat gfs-bd, Politikwissenschaftler und Historiker, Lehrbeauftragter der Universitäten Zürich und St. Gallen und an der Zürcher Hochschule Winterthur

Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, Parteien, politische Kultur, politische Kommunikation, Lobbying, öffentliche Meinung, Rassismus, Gesundheits- und Finanzpolitik

Zahlreiche Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften



LUKAS GOLDER

Senior-Projektleiter, Mitglied der Geschäftsleitung, Politik- und Medienwissenschaftler

Schwerpunkte:

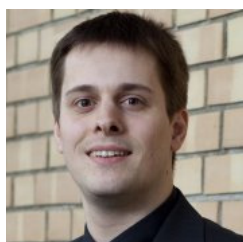
Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Medienwirkungsanalysen, Abstimmungen, Wahlen. Modernisierung des Staates. Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf Internet



MARTINA IMFELD

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte: Kommunikations-Controlling, Analyse politischer Themen und Issues, Medienanalysen, Ad-hoc-Studien, Qualitativmethoden, Abstimmungen und Wahlen



JONAS PHILIPPE KOCHER

Projektassistent, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Statistische Datenanalyse, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierung



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administration

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration



gfs.bern  
Hirschengraben 5  
Postfach 6323  
CH – 3001 Bern  
Telefon +41 31 311 08 06  
Telefax + 41 31 311 08 19  
info@gfsbern.ch  
www.gfsbern.ch